

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungshäuser 10000.—
am Postamt 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernprecher:
2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint
an allen Werktagen.
Anzeigepreis:
f. d. Millimeterzeile in
Anzeigenteil innerhalb
Polens ... 250.— M.
Reklameteil. 750.— M.

für Aufträge | Millimeterzeile im Anzeigenteil 250.— p. M.
aus Deutschland | Reklameteil 750.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Die Sowjetukraine.

Der wirtschaftlichen Lage der Sowjetukraine, d. h. des früheren russischen Gouvernements Char'kov, Poltawa, Kiew, Podolien, Cherson, Tschaterino-Slaw, Taurien (ohne Krim, Wolhynien teilweise) und Tschernigow (teilweise) ist in Nr. 19 des Hamburger „Wirtschaftsdienstes“ ein ausführlicher Aufsatz gewidmet, nach dem sich folgendes Bild ergibt:

Von den 59 gebauten Sämlühlen und ca. 3000 landwirtschaftlichen Sämlüren der Vorriegszeit konnten aus Mangel an Rohmaterialien nur wenige, von den ersten nur sieben der bedeutendsten, in Betrieb gehalten werden. Auch bei den zahlreichen Brennereien musste die Produktion um 75 Prozent der vorriegszeitlichen eingeschränkt werden, so daß sie ihre frühere Bedeutung verloren haben. Von den noch arbeitenden 45 Brennereien des letzten Jahres sollen in diesem Jahre weitere 24 stillgelegt werden.

Das bedeutendste Stein Kohlen Lager des europäischen Russlands, das Donbas, förderte 1913/17 durchschnittlich 1650 Millionen蒲德 Kohlen, heute nur noch 25–30 Prozent dieser Menge. Die Zahl der Arbeiter unterliegt starken Schwankungen, erreicht aber keineswegs die vorriegszeitliche (170 000 bis 200 000). Auch die Produktivität bleibt hinter der früheren bedeutend zurück, während die Produktionskosten gewaltig gestiegen sind. Der Preis der Kohle betrug vor dem Kriege 8,3–9,75 Kop., für Anthrazit 8,5–15,5 Kop. und für Steinkohle 14,5–19 Kop. je蒲德. Heute beläuft sich der Selbstkostenpreis schon auf 17,5–21,5 Kop. je蒲德. Die Kohlenproduktion steht im Zeichen einer schweren Krise und die Regierung mußte zu einer durchgreifenden organisatorischen Umstellung schreiten.

Die seit den Kriegswirken fast gänzlich ruhende Förderung von Erzen beginnt sich allmählich wieder zu beleben; denn die monatliche Ausbeute an Eisenzügen im Februar Monat war gegen Ende des Jahres auf 10 000 Tonnen und an Manganez im November Monat auf 6000 Tonnen (ca. 4 Prozent der vorriegszeitlichen Förderung) angewachsen. Die Metallindustrie, obgleich mit Aufträgen gut versehen, leidet noch sehr unter technischen Mängeln und dem Fehlen von Heizstoffen sowie Kapital. Von den größeren im Jugoslawien zusammengeschlossenen 23 Werken sind nur 7 in Betrieb, das Petrosche, Zufowsche, Süd-Briansche, Schodauer, Gantse und Nikolop-Mariupolsche, zu denen in letzter Zeit auch das Makajewische und Donez-Zurjewische hinzugekommen sind.

Auch die sonstige Industrie der Ukraine hat, wie fürsichtig auf der im April d. J. in Char'kov abgehaltenen Konferenz der kommunistischen Partei festgestellt wurde, die Krise noch nicht überstanden; denn ihre Produktion erreicht heute durchschnittlich erst 17½ Prozent derjenigen der Vorriegszeit. Die Papierindustrie beschäftigte vor dem Kriege 9000, die Holzindustrie 10 000, die chemische 8500, die Textilindustrie 18 000 Arbeiter. Die Textilindustrie war in der Ukraine fast ausschließlich auf Herstellung technischer Bedarfssortikel für die Landwirtschaft und Industrie eingestellt. Die in zwei Trusts, dem Kiewischen und dem südukrainischen, sowie vier Verbänden, dem Char'kowschen, Poltawischen, Donezischen und Krementschuschen, zusammengeschaffte Lederindustrie nimmt bereits wieder erfolgreich die Konkurrenz mit dem austarischen (Heim-)Lederhandwerk des Dorfes auf.

Das ukrainische Bankwesen ist mit dem Zentraltrustlands eng verbunden, denn alle großen zentralrussischen Banken unterhalten Filialen, Kontore oder Agenturen in der Ukraine. An erster Stelle steht die Char'kover Trustfiliale der Staatsbank; von den östlichen Banken ist die Ukrainerbank die bedeutendste. Der private Großhandel kann sich hier wie auch im übrigen Russland nur schwer entwickeln, der Kleinhandel erlebt vielfach der Steuerlast und der wenig wohlwollenden Behandlung seitens der Behörden.

Das Kooperativ- und Konsumgenossenschaftswesen entspricht in seinem Aufbau und seinen Zielen dem allrussischen. An der Spitze der Genossenschaften steht die „Wukospitsa“, der allukrainische Kooperativverband.

Die wichtigsten Messen der Ukraine sind die Char'kover (Januar–Februar), deren Umsatz im laufenden Jahre 40–50 Prozent der früheren Friedensumsätze aufwies, sowie die Kiewer Mustermesse (Warta), an der in diesem Jahr polnische, deutsche, österreichische, tschechische und französische Firmen teilnehmen; ihr Umsatz kam etwa wieder dem der Vorriegszeit gleich.

Gegen Ende des Jahres 1922 waren verpachtet von den nationalisierten Unternehmungen der Metallindustrie 160, der Lederindustrie 440, der Textilindustrie 45, des poligraphischen Gewerbes 55, der Nahrungsmittelbranche 380, chemische Betriebe 100, Tabak 20, Holzverarbeitungs 55, Papier 5, Heizmaterialienbetriebe 30, im Baumwolle 35 Betriebe, ferner 3000 Mühlen. Die Politik der Regierung den Privatunternehmungen gegenüber ist überaus schwankend und im allgemeinen wenig wohlwollend. Wo der Privatmann sich in der Konkurrenz mit der staatlichen Industrie unangenehm fühlbar macht, sind entsprechende Maßnahmen zur Stützung der staatlichen Industrie getroffen worden.

Der Außenhandel der Ukraine ist, gemessen an den Umsätzen der Vorriegszeit, überaus gering. In der allerletzten Zeit hat er sich ein wenig gehoben. Sollte das laufende Jahr der Ukraine eine günstige Ernte bringen und damit eine höhere Getreideausfuhr möglich machen, dann dürfte die Handelsbilanz bei Aufrechterhaltung der jetzigen Außenhandelspolitik aktiv werden. Angeichts der günstigen Lage am Schwarzen Meer fallen für die Ukraine die im sonstigen Russland so hemmend wirkenden Transporthindernisse fort.

Für die Wirtschaft des Landes ist die Landwirtschaft der ausschlaggebende Faktor. Die Ukraine verfügt über 29 Mill. Dekjatin Ackerbeden, 8,5 Mill. Dekjatin Wald, 2,4 Mill. Dekjatin Wiesen und 1,5 Mill. Dekjatin Weideland. Der Grund und Boden ist wie im übrigen Russland nationalisiert, der frühere Großgrundbesitz parzelliert und dem Kleinbetrieb zugeführt worden. Auf einen Betrieb entfallen heute durchschnittlich 10 Dekjatin (gegen 24 im sonstigen Russland). In der Vorriegszeit betrug der durchschnittliche Erntertrag 1839 7 Mill.蒲德, von denen etwa 419 Mill.蒲德 ausgeführt wurden; die Ukraine lieferte damals von der Gesamtgetreideausfuhr des russischen Reiches (700 Mill.蒲德) durchschnittlich 48 Prozent an Weizen, 57 Prozent an Gerste und 20 Prozent an Hafer. Die Anbaufläche ist 1922 um circa 5 Mill. Dekjatin, der Erntertrag um 25 Prozent gegenüber der Vorriegszeit zurückgegangen. Der geringere Ernteauffall ist durch die Missernten 1921–1922 im Südosten der Ukraine besonders verstärkt worden. Was im letzten Winter an Getreide (10 Mill.蒲德) ausgeführt worden ist, stammt fast ausnahmslos aus dem westlichen Teil der Ukraine.

Für den Viehbestand ergibt sich nachstehendes Bild:

(1000 Stück)	Pferde	Großhornvieh	Schafe	Schweine
1916	5424	7642	6269	4569
1922	4110	7531	4049	2847

Von 100 Betrieben haben heute durchschnittlich 88 kein Arbeitsplatz. Um diesem Übelstand abzuholen, sind Maßnahmen zur Beschaffung von Pferden aus den östlichen Steppen und bewegliche Traktorenkolonnen vorgesehen. Diese Kolonnen werden von einem besonderen Traktorenkomitee bei der ukrainischen ökonomischen Verwaltung und der amerikanischen Jointkommission gebildet. Beide verfügen über 135 Traktoren, die im Laufe einer Saison 40 000 Dekjatin bearbeiten können. Die Dienstleistung der Traktoren soll durch Ablieferung von Getreide aus der zu erwartenden Ernte abgegolten werden. Zur Wiederherstellung des Ertrags von 1921 in den von der Missernte betroffenen Teilen der Ukraine wären 770 Traktoren (zu 20–25 PS) nötig, zur Bestellung der vollen Anbaufläche des Jahres 1916 mindestens 4500.

Das in der jüngsten Vergangenheit eingetretene Falten der Preise für Getreide und das Steigen derjenigen für Fabrikate einschl. landwirtschaftlicher Maschinen sind starke Hemmungsmomente für das Wiederaufkommen der Landwirtschaft. Vor einem Jahre wurden in der Ukraine für ein蒲德 Roggen gegenwärtig 1,5 Rubel Gold bezahlt gegen nur 40 Kopeken in den Hungersgebieten 80–85 Kopeken gegenüber 65–80 in der Vorriegszeit. Das Brot und Getreidepreise weichen in den einzelnen Gegenden stark voneinander ab. So kostete ein Pfund Schwarzbrod Anfang des Jahres 1923 in Sowjetrußland (Emissio 1923) in Schitomir 0,35, Mariupol 0,2, Kiew 0,45, Berditchen 0,4, Odessa 0,58, Mohylow 0,3, Poltawa 0,25, Char'kov 0,3, Tschernigow 0,26 und Rjessin 0,2; ein蒲德 Weizen in Schitomir 0,35, Mariupol 10, Kiew 23, Mohylow 13, Tschernigow 20 und Rjessin 11. In kleineren Städten und Ortschaften sind die Differenzen noch weit erheblicher. Ein 6 Djinns starken Blug (1 Djin = 2,54 Centimeter) kostete der Bauer früher für 35蒲德 Roggen erstmals, während er jetzt je nach den örtlichen Getreide- und Maschinenpreisen 82–88蒲德 zahlen muß.

Die Versorgung der Ukraine mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten liegt in den Händen der beiden großen Trusts, des Zuschmelzmasch- und des Urtselmaschtrusts. Geldmangel, Schwierigkeiten in der Beschaffung von Rohmaterial und die geringe Kaufkraft der Landbevölkerung stehen einer, dem Bedürfnis der Landwirtschaft entsprechenden Entwicklung des Maschinenbaues hemmend im Wege. Das Fehlen landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte in der Ukraine wird durch folgende dem Obersten Volkswirtschaftsrat und dem Gosplan vorgelegte Angaben gesetzmäßig, wonach u. a. ein Bedarf an 1 Mill. Pflege, 200 000 Sämaschinen, 120 000 Erntemaschinen gemeldet werden. Vor dem Kriege waren in der Ukraine 825 Fabriken mit 39 000 Arbeitern mit der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen beschäftigt. Der Urkemajstrat hat jetzt sieben der größten Fabriken der Ukraine in Betrieb, darunter die bekannten Fabriken Helskerich und Saade, Elworti, Djon-Griebs; der Zuschmelzmaschtrust 15 kleinere. Die Gesamtzahl der Arbeiter beträgt 10 000. Der Wert der Produktion ist im ganzen Reich von 54 Mill. Rubel im Jahre 1914 auf 6 Mill. Goldrubel 1922 gesunken; in noch höherer Masse ist die Einführung zurückgegangen. Trotzdem wird von den Maschinenbauindustrien gegen die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen aus dem Auslande Sturm gelassen, und das Volkskommissariat für Außenhandel hat die Weisung erhalten, nur solche Maschinen, die im Lande selbst nicht hergestellt werden zur Einführung zugelassen. Nach Freigabe des Handels wurde für den Vertrieb von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten in der Ukraine die staatliche Aktiengesellschaft Selo-Technika gegründet, die sich für den Absatz der Erzeugnisse eigener Agenturen, hauptsächlich jedoch der Kooperativ- und Konsumverbände, bedient. Von letzteren wären in erster Linie der Selski Gaspolad und die Selsopomotsch zu nennen, die der Landbevölkerung Betriebsmittel zur Verfügung stellen sollen.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war früher der Export der Ukraine; 75–90 Prozent (Char'kov) der Getreideproduktion kamen zur Ausfuhr. Gegenwärtig ruht dieser Handelszweig vollkommen. Von den im Jahre 1913–14 im russischen Reich vorhandenen 294 Zweierfabriken und 3 Zweierraffinerien mit 128 000 Arbeitern entfielen auf die Ukraine nicht weniger als 199 Betriebe mit 86 000 Arbeitern; davon wiederum auf die Gouvernemente Wolhynien 17, Kiew 75, Podolien 52, Poltawa 12, Char'kov 29, Cherson 2 und Tschernigow 12. Von der Gesamtproduktion des Reiches an Zucker in Höhe von 93 Mill.蒲德 lieferte die Ukraine 1913/14 allein 66 Mill.蒲德. Im Jahre 1922/23 arbeiteten nur 79 Unternehmungen, die etwa 12 Mill.蒲德 herstellten.

Die Sowjetukraine zerfällt jetzt in neun Gouvernements, das Wolhynische, Donische, Tschaterino-Slawische, Odessa-Slawische, Podolische, Poltawische, Char'kowsche, Tschernigowsche; doch sollen diese demnächst aufgehoben werden und an ihre Stelle nach dem neuesten Gesetzentwurf 53 Distrikte und 706 Rayons als unterste Verwaltungseinheit treten. Von der 26 Millionen zählenden Bevölkerung leben nur 5 Millionen in Städten, 74,8 v. H. sind in der Landwirtschaft, Fischerei und Jagd, 9,2 v. H. in der Industrie, 1,5 v. H. im Verkehrsweisen, 4,9 v. H. im Handel, 2,8 v. H. in staatlichen und kommunalen Diensten beruflich tätig. Das Bundesverhältnis (vgl. Verträge, Gesetzesammlung 1921, Heft 1, Art. 13; 18–109; 55–335) mit Sowjet-Russland soll, wie die Resolution des 3. Kongresses des Allukrainischen Centralen Vollzugsausschusses (10.–16. 9. 1922) und die Declaracion des VII. Allukrainischen Rätekongresses (13. 12. 1922) besagen, formell noch weiter ausgebaut werden.

Die zentralen Regierungsorgane der Ukraine sind: der Allukrainische Rätekongress, der Zentrale Vollzugsausschuss, der Rat der Volkskommissare; die lokalen: die Gouvernements-, Städte- und Wolost-Rätekongresse, die Räte der Arbeiter, Bauern und Köttermeedeputierten und deren Vollzugsausschüsse. An Volkskommissariaten bestehen solche für auswärtige und innere Angelegenheiten, für Verpflegung, Landwirtschaft, Auflösung, soziale Versicherung, Justiz, Kontrolle, Gesundheitspflege. Ihnen gleichgestellt sind die Verwaltungen der Bevollmächtigten der zentralen vereinigten Sowjetregierung für Kriegsweisen, Finanzen, Verkehrswege, Post und Telegraphen, Arbeit und Außenhandel sowie die Bevollmächtigten des Obersten Volkswirtschaftsrats.

Die Ausweisungen.

Fast unmittelbar nach der Ausweisung von zwölf evangelischen Geistlichen aus Pommern wurde bekannt, daß 35 deutsche Bewohner der Wojewodschaft Posen ausgewiesen wurden oder ausgewiesen werden sollen; zwei von ihnen erhielten den Befehl, Polen innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Als Grund der Maßnahme wurde auch diesmal wieder angegeben: „Repressalien gegen Polenausweisungen aus Deutschland“. Feder wirklich Denkende muß natürlich fragen: wer wurde denn in Deutschland ausgewiesen und wofür wurde er ausgewiesen?

Antwort auf diese Fragen geben einige Feststellungen der Bromberger „Deutsch. Rundschau“, die in ihrer Nr. 121 schreibt:

Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit den Polenausweisungen aus Deutschland aus? Wir erfahren durch Zufall aus zuverlässiger Quelle daß es sich um folgende Fälle handelt: Julie Kłodarska, Oskar Neumann, August Bogus, Wincenty Siemianowski, Janac Marcinia, Martin Grzegor, Anton Bojac, Paul Pielewicz, Gebel Malina, Max Leski, Abraham Kornmel und Baruch Sprung. Die polnische Gesellschaft hat durch eine Note vom 17. März gegen die Ausweisung dieser polnischen Bürger Beschwerde erhoben, worauf sie vom Auswärtigen Amt die Antwort erhielt, daß sie sofort eingeleitete Ermittlungen noch schwieben. Ohne das Ergebnis dieser Untersuchungen abzuwarten, wie es doch den internationalen Gebräuchen entsprechend gewesen wäre, ist hier von unserer polnischen Regierung zu Verhängungsmahnahmen geprägt worden.

Nunmehr sind von deutscher Seite die Ermittlungen in den angegebenen 12 Fällen und einem noch weiteren 13, abgeschlossen und ihr Ergebnis bekanntgegeben worden. Es heißt in dem offiziellen Gutachten: Gegen sämtliche aufgeföhrten polnischen Staatsangehörigen war die Ausweisung in Aussicht genommen, weil sie arbeits- und mittellos mit der Ausnahme von Samulowicz, wohnungslos und nicht in Besitz einer ordnungsmäßiger Papiere waren. Durch Vermittelung der deutschen Arbeiterzentrale wurden die unter 1 und 4 und 5 bis 10 aufgeföhrten Polen wieder freien Arbeitsstellen zugeführt, so daß ihre Ausweisung nicht durchgeführt zu werden brauchte. Gegen die unter 2, 8, 11 und 12 aufgeföhrten Polen wurde die Ausweisung zur Durchführung gebracht, weil die Betroffenen nicht nur arbeits- und wohnungslos waren, sondern auch die deutsche Grenze ohne Erlaubnis und zwar auf Umwegen überschritten hatten. Sie sind sämtlich dem Sammellager Rottbus-Sielow zugeführt. Der unter 13 aufgeföhrte Chemach Szumlówicz, der von Leopoldshall kommend nach Magdeburg verzogen war, weil er von seiner früheren Arbeitsstelle, Chemische Fabrik Friedrichshall, wegen Dienststabsverdachts entlassen war, wurde dort arbeitslos angekommen. Bei seiner Vernehmung stellte er die unwahre Behauptung auf, er sei Reisender. Da er sich außerdem wie auch schon in Leopoldshall unbüchlich benahm, wurde seine Ausweisung verfügt. Szumlówicz, der sich am 9. Februar 1923 nach unbekannt abgemeldet hatte, wurde am 7. April 1923 wieder in Magdeburg angetroffen und zur zwangsweisen Durchführung der Ausweisung in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Die Ausweisung des polnischen Staatsangehörigen Biaginti Dręsiga und seiner Frau ist ebenfalls verfügt worden, weil die Germania wegen Aufmarsch und Aufhebung zum Streit auf dem Gute Gabelnisch, Kreis Randow, vom Amtsgericht in Stettin mit 8 Wochen Gefängnis bestraft worden sind und nach Verbüßung der Strafe arbeits-, obdach- und mittellos waren. Beide waren nur der polnischen Sprache mächtig, die Chefin konnte einige Worte deutsch. irgendwelche Arbeit zu bekommen war ihnen unmöglich.

Treffen die Feststellungen der „Dtch. Rundschau“ zu, dann wird eine allgemeine Verwunderung darüber nicht ausbleiben, daß solchen Fällen gegenüber unsere polnische Regierung „Repressalien“ für nötig und für zweckdienlich hält. Und dies um so mehr, als — soweit bis jetzt Einzelfälle bekannt geworden sind — die von der polnischen Regierung Ausgewiesenen nicht Arbeitslose, Mittellose, Obdachlose oder Verbrecher sind, sondern Leute mit eigener Wohnung, denen eine geregelte und ehrenvolle Tätigkeit ein sicheres Einkommen gibt.

Der Generalsekretär des Völkerbundes,

Sir Drummond, wird auf Einladung der polnischen Regierung am 3. Juni in Warschau eintreffen. Sir Drummond, der erste Generalsekretär des Völkerbundes, wurde im Jahre 1876 geboren. Nach beendigter Schulzeit widmete er sich im Jahre 1900 ganz und gar dem diplomatischen Dienst. Im Jahre 1917 sahen wir ihn in einer speziellen Mission nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika Balfour begleiten, mit dem er dann während der ganzen Friedenskonferenz in Paris mitarbeitete. Als Generalsekretär des Völkerbundes hatte er sehr schwierige Aufgaben zu lösen. Sir Drummond wird auf seiner Reise von dem Franzosen Mantou, dem Direktor der politischen Sektion des Völkerbundes, begleitet. Mantou leitete seinerzeit im Völkerbund die Erledigung des polnisch-litauischen Konflikts.

Das Haushaltsprovvisorium der Wojewodschaft Schlesien für das 2. Vierteljahr

wurde in der Mittwochssitzung des schlesischen Sejm in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung wurde infolge des Widerstandes der Nationalen Arbeiterpartei vertagt. Nach dem Bericht des Haushaltsausschusses betrugen die Ausgaben in der schlesischen Wojewodschaft im ersten Vierteljahr nicht ganze 39 Milliarden Polenmark. Im zweiten Vierteljahr sollen die Ausgaben ungefähr 50 Milliarden betragen. Die schlesische Wojewodschaft beschäftigt, wie sich weiter aus dem Bericht des Haushaltsausschusses ergibt, an die Zentralregierung 200 Milliarden Polenmark als Anzahlung für den der Regierung zufallenden Teil der Einnahmen der Wojewodschaft zu zahlen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach der Sejm der Angelegenheit der Auslieferung des Abg. Szósc

Die neuen Minister.

Der „Dziennik Poznański“ veröffentlicht in seiner Donnerstagsnummer einige Angaben über die Mitglieder der neuen Regierung. Das Wissenswerteste daraus ist:

Ministerpräsident Wincenty Witold, von Beruf Landwirt, wurde im Jahre 1874 in Wierzchowice bei Tarnów geboren, besuchte die Volkschule und bildete sich dann als Autodidakt weiter. Seine Teilnahme am öffentlichen Leben begann in seiner Dorfgemeinde, die ihn zum Schulzen wählte. Im Jahre 1908 wurde er Mitglied des galizischen Landtags. Im Jahre 1911 trat er als Abgeordneter in den Wiener Reichstag ein. Als Staatsrat aus der polnischen Volkspartei austrat (im Jahre 1913), wurde Witold Vorsitzender dieser Fraktion im Wiener Parlament und im galizischen Landtag. Im neuen Polen war er Ministerpräsident vom Juli 1920 bis zum September 1921. Er veröffentlichte eine Reihe von Artikeln im „Przyjaciel Ludu“ und im „Wiatr“. In Amerika gab er Erinnerungen heraus (bis zum Jahre 1914).

Innenminister Władysław Kiernik

wurde im Jahre 1879 in Bochnia geboren, studierte in Krakau, war Mitglied des verfassunggebenden Sejm, des Staatsverteidigungsrates und der Friedensdelegationen in Minsk und in Riga. Besonders bekannt wurde er durch seine Tätigkeit als Präsident des Hauptlandamtes (1921/22), die bekanntlich nach einigen sensationellen Enthüllungen mit seinem Rücktritt unter nicht ganz gewöhnlichen Umständen ihr Ende fand. Zuletzt war er stellvertretender Vorsitzender der Sejmfraktion der polnischen Volkspartei.

Der Kultusminister Stanisław Gąbiński

wurde im Jahre 1882 in Słole geboren, studierte in Lemberg, Wien und Berlin und war dann Professor und zuletzt Rektor der Lemberger Universität. Im Jahre 1902 wurde er Mitglied des österreichischen Reichsrats, im Jahre 1911 Eisenbahnaminister, im Jahre 1918 Außenminister. Im neuen Polen war er Mitglied des verfassunggebenden Sejm und des Staatsverteidigungsrates. Die Parlamentsfraktion des Nationalen Volksverbandes wählte ihn zu ihrem Vorsitzenden. Er ist Verfasser einer großen Zahl von Aufsätzen in Zeitungen und Zeitschriften sowie einiger volkswirtschaftlicher, finanzwissenschaftlicher und politischer Werke.

Der Außenminister Marjan Seyda

wurde im Jahre 1879 in Posen geboren. Er studierte in Berlin, Breslau und München Rechtswissenschaft und Kunstgeschichte und gründete später den „Kurier Poznański“, dessen erster Schriftleiter er war. Während des Krieges war er zuerst polnischer Direktor der polnischen Centralagentur in Lausanne, später Mitglied des polnischen Nationalausschusses in Paris, dessen Presseabteilung er leitete. Außerdem gab er während des Krieges in Lausanne den „Przegląd Polski“ heraus. Im verfassunggebenden Sejm war er stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volksverbandes.

Der Finanzminister Władysław Grabiski

der schon dem vorigen Kabinett als Fachminister angehörte, gilt als besonders guter Kenner der Finanzen und der Wirtschaft Polens. In der letzten Zeit hat er sich hauptsächlich mit den Agrarverhältnissen beschäftigt. Er steht gegenwärtig außerhalb der Parteien.

Der neue Justizminister Władysław Nowodworski

wurde im Jahre 1878 in Warschau geboren, studierte in Petersburg Rechtswissenschaft und war dann Rechtsanwalt in Warschau. Im Jahre 1918 beteiligte er sich an der Gründung der „Sozialdemokratischen“ Partei. Während der Okkupation war er Prokurator im Bürgertribunal. Justizminister war er schon im ersten Kabinett Witold (bis Mai 1921). Im November 1921 wurde er zum Stadtpresidenten von Warschau gewählt. Diese Stellung bekleidete er bis zu seinem Eintritt in den Senat.

Der neue Handelsminister Władysław Kucharski wurde im Jahre 1884 in Krakau geboren, studierte in Lemberg, war Leiter der Aprobationsabteilung im Krakauer Liquidationsausschuss, später Chef des Finanzendepartements im Posener Ministerium des ehemals preußischen Teilstaates und stand in den Jahren 1920/21 an der Spitze dieses Ministeriums.

Der Landwirtschaftsminister Jerzy Gosicki

wurde im Jahre 1878 in Warschau geboren, studierte Landwirtschaft in Krakau, später in Frankreich und England, wo er sich besonders auch mit allgemeinwirtschaftlichen Fragen und mit Fragen der Selbstverwaltung beschäftigte. Er war Mitglied der vierten russischen Duma und nach der Revolution des zwischenparteilichen Rates. Im neuen Polen war er zuerst Sektionschef im Ernährungsministerium und später Chef der wirtschaftlichen Abteilung im Verband der landwirtschaftlichen Organisation.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten

Dr. Ing. Jerzy Lopuszański

wurde im Jahre 1875 in Lemberg geboren, studierte im dortigen Polytechnikum und war später an dieser Anstalt Dozent. Im Jahre 1918 erwarb er den Titel eines Doktors der technischen Wissenschaften und wurde mit der Abhaltung von Vorlesungen in der hydrotechnischen Abteilung des Lemberger Polytechnikums beauftragt. Während des Krieges beteiligte er sich lebhaft am Wiederaufbau des Landes. Im September 1922 wurde er Minister der öffentlichen Arbeiten im Kabinett Nowak.

Stanisław Osiecki, der neue Präsident des Hauptlandamtes,

wurde im Jahre 1876 geboren, studierte in Warschau und Krakau, beteiligte sich in Russland am politischen Leben und wurde für seine Tätigkeit auf diesem Gebiet ausgezeichnet. Er schloss sich erst der Wyzwoleniegruppe an und ging dann zu den Plasten über, unter denen er jetzt eine führende Stellung einnimmt.

Der Rücktritt Piłsudski

gibt der Rechts presse Anlaß zu sehr scharfen und zum Teil geradezu bissigen Abschiedsaufzügen. Einige Beispiele mögen zeigen, wie diese Kreise dem ersten Staatspräsidenten Polens gegenüberstehen.

Der „Dziennik Poznański“ schreibt im Leitaufschluß seiner Donnerstagsnummer: „Das Verschwinden Piłsudskis aus dem militärischen und politischen Leben Polens kann den Abschluß der ersten Nachkriegsperiode bedeuten. Das Ende einer Zeit unruhiger Säkular in dem entstehenden Staatsorganismus. In seiner Person finden wir eine besonders starke Konzentration der Eigenschaften des polnischen Irredentistentypus, — des Typus des Irredentisten, der in seiner Gesinnung und in seinem Gefühl die radikal demokratischen Parolen des Jahres 1848, die Ideologie des Aufstandes des Jahres 1863 und die Doktrinen der russischen Revolution mit einem traditionellen Patriotismus verknüpft und dabei die Förderung der polnischen Frage mit den Interessen der Mittelmächte zusammenpuzzeln zu müssen glaubte. In Piłsudski ist dieses Konglomerat politischer und sozialer Kräfte noch besonders gefärbt durch seine individuellen Eigenschaften: Er ist ein nervöser Mensch, der zu Verschwörungen und zu autoritativem Regiment neigt, seine Mittel den verfolgten

Teilen beugt, zugleich aber angesichts unwillkommener Umstände sich zu beugen und zurückzutreten versteht. Fügen wir seine hohe Meinung von seinen staatsräuberischen Fähigkeiten (besonders auf militärischem Gebiet) und die Überzeugung von der Erfüllung einer gesellschaftlichen Mission hinzu, die aus der Lektüre unserer mythisch-romantischen Poetie geschöpft sind, und wir erhalten ein ungefähr vollständiges Seelerbild des Mannes, der Polen in seinen Entstehungsjahren regierte. Es gehört zu den Schicksalsproblemen, daß der hervorragendste Vertreter der germano- und austrophielen Politik, der Schöpfer und Führer der Legionen, der Teilhaber an der Niederlage der Centralmächte, an die Spitze des Volkes trat, das durch die Niederlage der Mittelmächte und den Sieg der Entente, mit der er kämpfte, seine Unabhängigkeit wiedererlangte. Und ein so durch und durch individueller, despotischer und keine Mitregierung leidender Typ wurde das Oberhaupt eines Staates mit demokratischen Tendenzen.“

Der „Dziennik“ schreibt dann weiter: „Keine üppige Phantasie und keine Pläne, die er oft als Gebot einer höheren Vorstellung nahm, zwang er Partien, Kabinetten und dem ganzen Volke auf, das nach dem schweren Kriege und dem blutigen Krieg zum Schutz des Vaterlandes so schnell wie möglich auf den Weg des normalen Daseins, das andere Nationen führen, kommen wollte. Der Mästrop Piłsudski ist gewißmaßen das letzte Große eines abziehenden Gewitters der Geschichte. Polen wartet mit Sehnsucht auf eine produktive, behutsame Arbeit ohne Überraschungen, ohne Blüte, selbst wenn sie von „Genien“ lämen; es wartet nach seiner Sturm- und Drangperiode, die die Geschichte am gerechten einschlägen wird, auf die Zeit, in der aufgebaut und daran gearbeitet wird, woran es Polen sehr gebracht: An der Sicherung der Grenzen, der Sanierung der Finanzen, an der Besserung der Verwaltung, der Erhöhung der Landwirtschaft und des Wohlstandes der Bevölkerung.“

Nach einer Darstellung des „Kurier Poznański“ soll Piłsudski in einer Unterredung gesagt haben, daß er der peinlichen Erfahrungen mit dem „nationalen Volk“ überdrüssig sei, und als Nachfolger den Marschall Trantzkowski bezeichnet habe, als denjenigen, der zur Zeit des polnisch-deutschen Ansturms im Staatsverteidigungsrat am meisten strategisches Verständnis gezeigt habe. Piłsudski soll an seine politischen Freunde vom Lager der Linken ein Schreiben gerichtet haben, in dem er die Gründe für seinen Rücktritt angibt. Der „Kurier Poznański“ will wissen, daß die Motive Piłsudskis in einer so kompromittierend standhaften Weise abgesetzt sind, daß die Linkspresse, die im Beste des „Documentes des Großen Wahns“ ist, wie der „Kurier“ sagt, sich nicht getraut habe, das Dokument zu veröffentlichen.

Abermals Gefängnis für einen deutschen Redakteur.

Das Bromberger Bezirksgericht verhandelte am Dienstag unter dem Vorsitz des Landrichters Bromski gegen den für Lokal- und Provinznachrichten verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Rundschau“, Karl Bendisch, dem zur Last gelegt wurde, in einem Artikel unter der Überschrift „Ausweisung einer Reichsdeutschen aus Polen“ Staats-einrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich gemacht bzw. den Wojewoden von Pommern Jan Brejiski in Thorn und den Graudenzer Starosten Dr. Osomski beleidigt zu haben.

Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Ende vorherigen Jahres wurde aus dem Kreise Graudenz ein Fräulein Gehl, eine Reichsdeutsche, ausgewiesen, mit der Begründung, daß der Aufenthalt der Dame, die auf einem Gut als Fräulein wirkte und sich auch auf sozialem Gebiete betätigte, nicht erwünscht sei. Gegen diese vom Wojewoden von Pommern erlassene Verfügung legte die Dame Rechts beim Innenministerium ein, das sie denn auch davon benachrichtigte, daß sie ihren Wohnsitz bis zur endgültigen Entscheidung beibehalten könne. Trotz dieser Benachrichtigung erfolgte drei Monate später die Ausweisung durch den Wojewoden. In dem Bericht war daher in einem Absatz die Rede von einer „willkürlichen Maßnahme“, und durch diesen Ausdruck fühlten sich der Wojewode und der Starost beleidigt.

Zu der Verhandlung waren die beiden Herren als Belastungszeugen vorgeladen. Der Wojewode Brejiski befand unter Eid, daß ihm selbst das Recht aufstehe, Ausweisungen lästiger Ausländer anzuordnen. Wenn das Innenministerium den weiteren Aufenthalt der Dame im Gebiet der Republik genehmigt, die Genehmigung allerdings von der endgültigen Entscheidung abhängig gemacht habe, so sei letzten Endes seine Verfügung maßgebend. Der Wojewode stellte den Antrag, nicht allein den für diesen Fall verantwortlichen Redakteur, sondern auch den Hauptchristleiter und den Verleger zur Verantwortung zu ziehen, da er als früherer Hauptchristleiter einer in Deutschland erscheinenden polnischen Zeitung zusammen mit dem verantwortlichen Redakteur etliche Male zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden sei, weil man angenommen habe, daß der Hauptchristleiter und auch der Verleger über wichtige Berichte zuvor unterrichtet worden seien. Der Starost von Graudenz sagte ebenfalls aus, daß die Ausweisung lediglich einer „lästigen Ausländerin“ geplant habe und von einem Willkürakt in dieser Angelegenheit nicht die Rede sein könne.

Der Verteidiger versuchte den Nachweis zu erbringen, daß nachdem sich das Innenministerium dieser Sache angenommen hat, der Wojewode nicht berechtigt gewesen sei, die Ausweisung zu verfügen, daß er also tatsächlich willkürlich gehandelt habe. Insbesondere betonte der Verteidiger, daß in diesem Falle der Wojewode nicht das Recht gehabt habe, die Ausweisung anzuordnen, da in dieser Verfügung als Grund für diese Maßnahme eine Repression gegen die Ausweisung eines polnischen Arbeiters aus Deutschland angegeben worden war und für Repressionen nur das Innenministerium zuständig sei, das denn auch die Sache in die Hand genommen habe. Der Verteidiger unterbrach die Verteidigung mit dem Erfassen, diese Darlegungen nicht fortzuführen, da hier nicht der Wojewode bzw. der Starost, sondern der Redakteur der „Deutschen Rundschau“ auf der Anklagebank sitze. In seiner Verteidigung behindert, beschreibt sich der Vertreter des Herrn Bendisch auf den Antrag auf Freispruch, nachdem er zuvor den Sinn des § 181 St.-G.-B. (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) auseinandergestellt hatte, der in diesem Falle keine Anwendung finden könne.

Der Staatsanwalt hielt seine Anklage aufrecht und beantragte gegen Bendisch eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Das Gericht ging über den Antrag bedeutend hinaus und verurteilte den Redakteur Bendisch zu neun Monaten Gefängnis. Gleichzeitig wurde seine sofortige Festnahme wegen Fluchtbedrohung angeordnet.

Gegen das Urteil ist Revision angemeldet.

Der Redakteur Bendisch steht im Alter von 60 Jahren und ist seit Jahrzehnten in Bromberg ansässig. bemerkenswert ist, daß er während seiner 45jährigen journalistischen Praxis jetzt das erste Mal gerichtlich zur Verantwortung gezogen wurde. Um so härter wird er daher die gegen ihn verhängte außerordentlich hohe Strafe und die gegen ihn angeordnete Maßnahme der sofortigen Festnahme empfinden.

Französisch-belgische Verhandlungen in Brüssel.

Einer Havasmeldung aus Brüssel zufolge hat Poincaré dem belgischen Außenminister mitgeteilt, daß er einem Wunsche der belgischen Regierung nachkommen und am 6. Juni zur Wiederaufnahme der französisch-belgischen Verhandlungen in Brüssel eintreffen werde.

Die belgischen, in Paris schriftlich eingereichten Vorschläge werden von der Presse eifrig besprochen. Diese Vorschläge enthalten Einwürfe, die sich auf die tatsächlichen Hilfsquellen Deutschlands, auf die zu beanspruchenden Garantien und die Monopole, die man sich sichern müsse, beziehen. Es wird in dem belgischen Plan vorgeschlagen, daß die Alliierten in Deutschland das Eisenbahnmonopol, sowie die Monopole für Alkohol, Bier und Tabak beanspruchen sollen. Auf diese Weise könnten Jahresbezüge von mehr als 2 Milliarden Goldmark von Deutschland erzielt werden. Die Belgier stimmen in den beiden Forderungen: keine Räumung und Aufhören des passiven Widerstandes, mit Frankreich über ein.

Zu dem belgischen Reparationsplan erklärt Perrin, der bekannte extreme Chauvinist und Nebenbuhler Poincaré, daß diejenige das Verdienst aufkomme, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nachzuweisen, doch enthalte er verschiedene Punkte, die die Kritik herausforderten. Zunächst vertrate Belgien zu sehr den guten Willen Deutschlands, und es sei unwahrscheinlich, daß ein ganzes Volk eine Organisation von Monopolen ohne weiteres hinnehmen werde. Ferner wird im belgischen Plan nicht genügend berücksichtigt, daß es überaus schwer sein werde, die Gesamtheit Deutschlands zu einem Gesinnungswechsel zu bewegen, und außerdem sei wenig wahrscheinlich, daß das fremde Kapital unter diesen Umständen im Ruhrgebiet untergebracht werden würde. Perrin bringt starke Einwände gegen die belgische Ansicht vor, daß die Ruhrbesetzung nach der Einführung der Monopole lediglich den Charakter einer Kontrolle annehmen könnte und schreibt: Ohne Zweifel werden wir in Essen bleiben, jedoch nur um die Funktionen der eingerichteten Monopole zu überwachen. Man soll sich in diesem vor Augen halten, daß wir dann auf die Ausbeutung des Ruhrgebiets verzichten.

Annahme der Ruhrkredite für Juni.

Aus Paris wird gemeldet: Die Regierung hat der Finanzkommission der Kammer im Anschluß an die jetzt zur Debatte stehende Geschäfts vorlage über die Ruhrkredite bis zum 31. Mai eine weitere Vorlage überreicht, in der die Ausgaben für den Monat Juni vorgesehen sind. Die Forderungen der Regierung für diesen Zeitraum belaufen sich auf 47½ Millionen Franken, darunter 12 Millionen Franken für die Eisenbahnverwaltung und 35 Millionen Franken für militärische Ausgaben. Von den letzteren sind jedoch 12 Millionen Franken abzuziehen. Das ist der Betrag, um den für den genannten Monat die militärischen Ausgaben im Inneren des Landes verringert werden können. Danach betragen die Gesamtkosten für die Ruhrbesetzung im Monat Juni 35½ Millionen Franken und füllen die erste Hälfte des Jahres 1923 zusammen 267 Millionen Franken. Die Ausgaben für Juni sind geringer als der Monatsdurchschnitt der Ausgaben in dem vorangegangenen März. Natürlich ist es leicht möglich, daß sie überschritten werden.

Neues Vertrauensvotum für Poincaré.

In der Kammerdebatte vom 29. Mai über die Ruhrkredite sprach Tardieu über die unzulänglichen Vorbereitungen und Durchführung der Ruhraktion, erklärte aber, daß er für die Kredite stimmen werde. Poincaré stellte die Vertrauensfrage in erweitertem Sinne, indem er verlangte, daß man nicht nur für die Kredite zu stimmen, sondern auch die Politik im allgemeinen gutzubehalten habe. Poincaré antwortete auf die Artikel, die Tardieu im „Echo National“ veröffentlicht hat. „Ich schlage nun vor“, erklärte Poincaré, „daß wir eine Politik der Festigkeit führen wollen. Die Regierung ist der Ansicht, daß sie bereits Beweise ihrer Energie und Festigkeit gegeben habe.“ Die Ruhrkredite wurden mit einem Vertrauensvotum für die Regierung mit 505 gegen 67 Stimmen angenommen.

Aufruf Amerikas durch Italien.

Die italienische Regierung hat eine Note an die Vereinigten Staaten gerichtet, worin sie diese erucht, ihren ganzen Einfluß für die Lösung der europäischen Probleme auszubüten. Europa könne zum Wiederaufbauwerk nicht ermutigt werden, wenn sich Amerika systematisch von den europäischen Fragen fernhalte.

Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet

Im Laufe des 29. Mai trat die Streikkommission der Bergarbeiter in Gelsenkirchen zu einer mehrstündigen Beratung zusammen, in deren Verlauf beschlossen wurde, den Bergbaufeldern die Wiederaufnahme der Arbeit für den 30. Mai vorzuschlagen. Maßgebend hierfür war die Überzeugung, daß im Augenblick nichts mehr bei den Lohnverhandlungen zu erreichen sei. Im Augenblick solle man sich mit dem Erreichten begnügen. In einer nachfolgenden Versammlung wurde von dem Besluß Kenntnis genommen und dieser ohne weiteres genehmigt. Somit hat der Streik, der so viele Opfer gefordert hat, sein Ende erreicht. Die Kommunisten bezeichnen die neuen Lohnerhöhungen als ihren Erfolg.

Im ganzen Ruhrgebiet wurde in großem Umfang mit der Aufnahme der Arbeit begonnen. In Hörde, Dortmund, im Landkreis Hörde sind auf den Zeichen die Bergbaufeldern zum größten Teil wieder eingefahren. Neue Muhestörungen haben sich nicht ereignet. Der Selbstschuß ist zum Teil gebildet, zum Teil in der Bildung begriffen. In Bochum hat sich die Lage ebenfalls gebessert. Bei einem heute morgen unternommenen Vorstoß der Polizei hat diese im Stadtinneren eine Befestigungsstelle der Aufrührer auf. Es wurden 200 Kommunisten verhaftet. Gestern abend wurde der Referendar Kreiner auf dem Nachhauseweg von der Handelskammer von Ahaus angefallen und erschossen. In Witten und Hörde ist die Lage unverändert. Es wird auf fast sämtlichen Betrieben noch gestreikt. In Essen hat sich die Lage nach Bildung eines gewerkschaftlichen Sicherheitsdienstes und einer Preiskontrollstelle gleichfalls beruhigt. Im Regierungsbezirk Münster, Oberhausen, Mülhausen und Sterkrade ist es ruhig.

Die Tätigkeit der Preisprüfungskommission.

Die neu gewählte Preisprüfungskommission in Essen hat eine Bekanntmachung an die Bevölkerung des Stadt- und Landkreises gerichtet, in der sie darauf hinweist, daß sich, um den unsicheren Verhältnissen auf dem Gebiete der Preisbildung ein Ende zu machen und zu verhüten, daß die Bevölkerung in einigen Tagen ohne Lebensmittel ist, am Montag, dem 28. Mai, im Rathaus zu Essen eine Preisprüfungskommission gebildet hat, in welcher Vertreter der ver-

Schieden Gewerkschaftsrichtungen, sowie der Verbände des Lebensmittelhandels und der Konsumgenossenschaft unter Leitung der Stadtverwaltung Mitarbeiter. Die vereinbarten Preise sind so festgelegt, daß bei den Großhandelspreisen ein Dollarstand von 5500 zugrunde gelegt wurde und daß die Kleinhandelsverkaufspreise nur noch bei Waren und Diensten sein von Warenbeständen die Zubehörhaltung der Geschäfte ermöglichen. Die Preise gelten für den gesamten Stadt- und Landkreis Essen bis Donnerstag, den 21. Mai, einschließlich.

Von einigen großen Essener Firmen ist Gefrierfleisch zur Verfügung gestellt, das zu einem Verkaufspreis verkauft werden soll, das Pfund zu 5500 Mr. Auf Grund der von Händlern und Meßgern beigebrachten Unterlagen wurden im Einverständnis vor der Kommission folgende Preise festgesetzt: Auslandspeck geräuchert 7200, Auslandspeck gesalzen 6800, Auslandspeck schmalz 7200, Rinderfett 2500, Schweinefleisch brüll 7600, Inlandspeck geräuchert 8000, Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch je nach Qualität 7-8000, Fleischwurst 1. Qualität 8000, 2. Qualität 4000, Mettwurst 9000, 2. Qualität 7000,- Mr., alles je Pfund. Der Verkauf erfolgt nur in rationierten Mengen. Den Händlern entstehen bei dem Verkauf zu den genannten Preisen Millionen verluste. Kommunistische Händlerhaften halten gegenwärtig auf ihre Weise „Ordnung“ vor den großen Gesellschaften, an denen große Kaufmengen anstehen.

Gesetzliche Neutralität der Franzosen.

Habas dementiert in einer Düsseldorfer Meldung die Nachricht, daß die französischen Truppen in Bochum und Wanne zur Sicherstellung der Ordnung eingegriffen hätten, desgleichen die Meldung der „Kölner Zeitung“, die französischen Truppen hätten der Polizei in Bochum Waffen geliefert, und schließlich eine Meldung, wonach die Franzosen die Kommunisten mit Waffen versehen hätten. Es kommt in diesem allgemeinen Dementi deutlich zum Ausdruck, daß die Deutschen allein stark genug gewesen sind, des kommunistischen Aufruhrs Herr zu werden.

Englische Alarmrufe.

Die Entzündung gegen Frankreich ist in den Kreisen der englischen Arbeiterpartei außerordentlich groß. Denn man hat nicht den geringsten Zweifel daran, daß die Unruhen nicht in der Bevölkerung selbst entstanden sind, sondern unter dem Schutz der französischen Behörden von Moskau aus in das Ruhrgebiet hineingetragen wurden. Die Empörung in englischen Arbeiterfreien ist um so größer, als die Vertreter der Arbeiterpartei, die erst vor zehn Tagen aus dem Ruhrgebiet zurückkehrten, die klarste Überzeugung gewonnen haben, daß die wirkliche Arbeiterschaft des Ruhrgebietes am passiven Widerstand unbedingt festhalten will, und man nicht daran denkt, den Franzosen in die Hände zu arbeiten. Auch die im Ruhrgebiet befindlichen englischen Vertreter weisen auf die ausländischen Einflüsse hin. Ebenso berichtet der Vertreter der „Times“, daß sich in Düsseldorf das Hauptquartier der Kommunisten befindet, das von einem russischen Professor geleitet wird. Die Tätigkeit in den Büros, in denen täglich Russen, Deutsche und Franzosen ein- und ausgehen, sei in geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Ähnliche Beobachtungen geben auch die Telegramme des „Daily Telegraph“ wieder, in denen außerdem betont wird, daß über den wirklichen Absichten der Unruhestifter nicht der geringste Zweifel bestehen könne. Es handele hier nicht um Lohnfragen oder um die Frage der Lebensmittelversorgung, sondern es sei lediglich ein Kampf um die Macht, der dazu benutzt werden soll, die Sowjetrepublik im Ruhrgebiet zu errichten. Dieses Ziel werde von den Führern der Bewegung verfolgt, selbst auf die Gefahr hin, daß die Bevölkerung dadurch dem Hunger ausgeliefert werde.

Ausweisung vonstellvertret. Regierungspräsidenten.

Der Vertreter des ausgewiesenen Düsseldorfer Regierungspräsidenten, Oberregierungsrat Butterbeck ist am 27. Mai abends von den Franzosen in seiner Wohnung in Düsseldorf verhaftet und in das Gefängnis Derendorf gebracht worden, weil er in einem scharfen Schreiben gegen die Erscheinung Schlageter protestiert hatte. Seinem Nachfolger wurde Oberregierungsrat Henke ernannt, dessen erste Amtshandlung es war, im Einvernehmen mit der gesamten Beamtenchaft ein Proletkretschmar gegen die Verhaftung seines Vorgängers an die französische Besatzungsbehörde zu richten. Oberregierungsrat Henke ist am 30. Mai infolge seines Schreibens ebenfalls verhaftet und als Vertreter an seine Stelle Oberregierungsrat Liedmann gestellt worden.

General Le Rond in Belgrad und Cattaro.

In Belgrad traf unerwartet zum zweiten Male General Le Rond incognito ein. Er wurde jedoch erkannt und auf dem Bahnhof durch Vertreter der Behörden begrüßt. Jedoch fand ein nochmäliger offizieller Empfang nicht statt. General Le Rond ist bereits auf dem Rückweg nach Frankreich. Das Belgrader Blatt „Novosti“ meldet, daß General Le Rond auf dem Wege zwischen Magusa und Serajewo bestohlen wurde. Unter anderem wurde ihm eine kostbare Damenboa im Werte von etwa 10000 Francs und ein persischer Teppich im Werte von 7500 Francs gestohlen.

Die römische Zeitung „Epoca“ beschreibt den erneuerten Aufenthalt Berndts in Cattaro und schreibt hierauf: „Nachdem durch Marshall Koch die polnische und die tschechische Armee besiegt worden sind, führt der durch seine Intrigen mit Karfantin bekannte General Le Rond nach Cattaro zur Inspektion der sich bildenden jugoslawischen Fronte, die in Zukunft mit irgend einer anderen Flotte für Italien die allergrößte Gefahr darstellen kann. Frankreich, so schreibt das italienische Blatt, bemüht sich in ganz Europa, Angriffs punkte gegen Italien zu schaffen.“

Das neue jugoslawische Parlament wurde eröffnet und beriet in seiner ersten Sitzung über zwei eilige Anträge in Sachen der außergewöhnlichen Kredite für Heeres- und See-

Beilegung der Krise im nahen Osten?

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Krise im nahen Osten wird als beigelegt angesehen und die Türken demobilisieren bereits ihre Streitkräfte. 10 Jahresfristen werden in ihre Heimat zu den Feldarbeiten entlassen werden.

Besondere Entschädigung Frankreichs.

Londoner Meldungen besagen, daß die Angorae Regierung mit Vertretern der französischen Eisenbahngesellschaft in der Türkei eine Entschädigung für den Gewinnerlust Frankreichs durch das Chesterabkommen vereinbart hat. Die Entschädigung besteht teils in Konzessionen für einen Bahnbau auf der Strecke Bilebi-Bruza-Balik-Chissi-Dardanellen, einschließlich von Hafenanlagen in den Dardanellen.

In Lausanne

Bei Beilegungen zwischen Ismet Pascha und den drei alliierten Delegationsführern über die Frage des ausländischen Rechtswesens in der Türkei statt. Ismet Pascha hatte aus Angora strenge Weisungen, die ein Nachgeben der Türkei nicht gestatteten. Man einigte sich auf folgende Vorschläge: Vier Rechtsvertreter aus den neutralen Staaten werden zusammen mit der türkischen Regierung an der Verbesserung der Rechtsverhältnisse in der Türkei arbeiten. Sie sind ermächtigt, Geschäfte mit den Ausländern bei ihrer Rechtsbehandlung durch die Türkei entgegenzunehmen und sich darauf mit der türkischen

obersten Justizbehörde ins Bezeichnen zu setzen. Verhaftungen von Ausländern werden ihnen von den türkischen Behörden sofort mitgeteilt werden. Der Tätigkeitsbereich der neutralen Rechtsdelegierten erstreckt sich über die ganze Türkei. Ihnen werden sie in Konstantinopel und in Smyrna einnehmen.

England besteht auf seinen Forderungen gegen die Sowjets.

Lord Curzon erklärte in einer Unterredung mit Krassow, daß die englischen Forderungen erfüllt werden müßten, da sonst die Anerkennung der englischen Mission aus Moskau unvermeidlich werde. Wie „Evening Standard“ erfährt, ist Krassow eine neue Note der englischen Regierung überreicht worden. Während der russischen Diskussion im englischen Unterhaus erklärte Mac Neill auf die Anfrage, welche Vorteile England aus dem Handelsvertrag mit Russland gezogen habe, im Namen der Regierung, daß die englische Industrie minimale Vorteile gehabt habe.

Die englische Industrie für bewaffnetes Vorgehen.

Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ bringt aus London die sensationelle Nachricht, daß der bekannte englische Großindustrielle Urquart erklärt habe, daß die Industrie eine bewaffnete Intervention der englischen Regierung in Russland mit Genugtuung beglückt würde. Nach dem genannten Blatt hat die gesamte Sowjet-Presse die oben wiedergegebene Meinung Urquarts sehr kritisiert und gleichzeitig Lord Curzon vorgeworfen, daß er eine solche Politik führe, wie sie ihn die Repräsentanten der englischen Industrie zu führen böten.

Die Türken gegen Sowjetrußland.

Aus Ankara wird gemeldet, daß die türkische Regierung beschlossen hat, die Sowjetschiffe aus den türkischen Häfen auszuweisen. Die Maßnahme soll als Antwort auf den von den Sowjets gegenüber den türkischen Schiffen, die sich in russischen Gewässern befinden, eingenommenen Standpunkt getroffen werden sein.

Deutsches Reich.

Die Vorbereitungen der deutschen Wirtschaft auf das Angebot.

Der Berliner „Volks-Anzeiger“ berichtet: Vertreter des Reichslandbundes brachten in der Unterredung mit dem Reichslandrat über das Garantie-Problem die grundsätzliche Bereitschaft der Landwirtschaft zum Ausdruck. Auch zwischen den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und den Vertretern der Regierungsstellen im Arbeitsministerium fand eine Bezeichnung statt. Die nächste Wiederholung des Reichstages ist nunmehr endgültig auf Dienstag, den 5. Juni, nachmittags 3 Uhr, angefest worden. Am 30. Mai stand unter dem Vorsitz des Reichslandrats eine Besprechung des auswärtigen Ausschusses des Reichsrates über die außenpolitische Lage statt.

** Billigung des Schreibens der Industriellen. In einer Sitzung des Vorstandes und Haupthausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde die durch das Schreiben des Präsidiums an den Herrn Reichslandrat geschaffene Lage besprochen und der Schrift des Präsidiums des Reichsverbandes gebilligt. Der Beschuß wurde von der sehr zahlreich besuchten Versammlung mit überwiegender Mehrheit gefasst.

** Die Stellungnahme der Landwirtschaft. Der innere Vorstand des Reichslandbundes trat zusammen, um über Beteiligung der deutschen Landwirtschaft an der Garantieübernahme für die Wiederverteilung zu beraten. Er beschloß, die Vertreterversammlung des Reichslandbundes zum 4. Juni nach Berlin einzuberufen, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

** Zur Untersuchung des Marktsturzes wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt, der am Mittwoch in seiner ersten Sitzung die technischen Vorbereitungen zu seiner Tätigkeit erledigte. Am nächsten Montag soll eine geschlossene Sitzung stattfinden, um wichtige Vereinbarungen anzuhören. Wenn nötig, soll am Montag nachmittag noch eine zweite geschlossene Sitzung stattfinden. Die nächste öffentliche Sitzung ist für Dienstag vormittag in Aussicht genommen.

Die Löhne in den verschiedenen deutschen Bergbaurevieren.

Nachdem die Verhandlungen über die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne im Ruhrrevier bereits ihren Abschluß gefunden hatten, stellte der Schlichtungsausschuss für die Lohnfragen im Reichsministerium einstimmig folgende Schlußlinie für die übrigen Reviere fest: Für Oberhessen 9000 Mr. Niedersachsen, Sachsen, Mitteldeutsche Braunkohlenreviere (Kernreviere) und Bayern 8480. Für das Niedersächsische Revier wurde eine Erhöhung von 8000, für die großen bayerischen Braunkohlenbetriebe 10950 und für die Braunkohlenwerke 7520 je Schicht bestimmt. Im Anschluß an diese Voreinbarungen fanden am Mittwoch, dem 30. Mai, die Verhandlungen über die Erhöhung der Kohlenpreise statt.

** Metallarbeiteraufstand in Elberfeld.

Bei einer großen Elberfelder Firma sind die Metallarbeiter wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. In den Jägerwerken, die eine Belegschaft von mehreren tausend Mann haben, droht ebenfalls ein Streik. Auch in Remscheid wird gestreikt.

** Kommunistische Kontrollausschüsse auch in Berlin.

Der amtliche Preußische Pressedienst schreibt: Kommunistische „Kontrollausschüsse“ suchen in Berlin Markthallen und Läden auf, um hier, ähnlich wie in Essen, Dresden und anderen Städten, „Preisprüfungen“ vorzunehmen. Diese illegalen Organisationen, die sich der Röntgen und Umsatzmäßigung schuldig machen, haben an verschiedenen Stellen die Preise willkürlich herabgesetzt und Geschäfte, deren Inhaber angeblich zu hohe Preise gefordert haben, geschlossen. Es ist lediglich Aufgabe des Wucherpolizei, den Wucher zu bekämpfen und das Publikum gegen die Machenschaften unlauterer Elemente im Handel in Schutz zu nehmen.

** Ausschreitungen der Kommunisten in Lübeck.

In Lübeck wurde eine Versammlung ehemaliger Angehöriger der 48. Reserve-Division durch kommunistische Demonstrationen gestört. Nur durch das Auftreten ihrer eigenen Soldaten wurden der frühere Divisionskommandeur von Wasilewski, wie einige Brigadecommandeure und Obersten darüber geschürt, daß sie nicht den kommunistischen Radausträuber in die Hände fielen. Zwanzig Kommunisten wurden verhaftet. Drei Teilnehmer mußten ins Krankenhaus überführt werden.

** Kommunistenruhen in Dresden.

Infolge von Zusammenrottungen und Umzügen von Erwerbslosen haben die Geschäfte und Gastwirtschaften Dresdens fast sämtlich geschlossen. Die sächsische Regierung tut unter dem Eindruck des kommunistischen Terrors nichts, um die Ladeninhaber zu schützen.

Es kam zu erheblichen Unruhen vor dem Polizeipräsidium. 270 Personen wurden verhaftet.

** Der russische Bolschewismus in Deutschland. Nach Meldungen deutscher Blätter will der gegenwärtige Sowjetvertreter in Berlin, Kreisinski, zurücktreten, und seine Stelle soll Radet-Sobelski einnehmen, der schon seit längerer Zeit in Deutschland lebt. Die Propaganda der Sowjets in Deutschland wird sehr energisch betrieben und die zum Teil blutigen Unruhen in Gelsenkirchen, Dortmund, Bochum, Witten, Chemnitz und Dresden sollen auf die Tätigkeit Radets und seiner zahlreichen bolschewistischen Agenten zurückzuführen sein.

** Berliner Schulen ohne Tinte und Kreide. Die Zustände in den Groß-Berliner Schulen verschlechtern sich infolge der Finanznot der Stadt von Monat zu Monat mehr. Der Magistrat hat zwar in anerkannter Weise für den Bedarf der Schulen an Tinte, Kreide, Schreibheften für die Kinder minderbemittelten Eltern für das Vierteljahr einen Betrag von 10000 M. angeordnet, doch haben die Schulen diese Summen, die bereits am 1. April fällig gewesen wären, größtenteils noch nicht erhalten. Infolgedessen sind die Schulleiter auch nicht mehr in der Lage, den Klassen Tinte oder Kreide zu liefern. In vielen Schulen besteht man sich damit, daß die Kinder selbst eigene Tintenfässer mitbringen und durch Sammlungen in den Familien das für die Kreide notwendige Geld zu beschaffen suchen. In einer ganzen Anzahl von Lehranstalten aber liegen die Verhältnisse so, daß von einem geordneten Schreibunterricht kaum noch die Rede sein kann.

** Ein Verräter. In der Eröffnung des Kaufmanns Schlageter wird der deutsch-nationalen „Münchner-Augsburger Abendzeitung“ folgendes mitgeteilt: Ein Friedrichshagener Sozialist, der nicht Deutscher ist, hatte von den Franzosen zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Er ist in mehreren Jahren erfahren. Er machte davon dem französischen Zentralbureau in Düsseldorf Mitteilung. Außerdem überwandte er den Franzosen die Photographien der beiden Dächer, so daß es den Franzosen möglich, die beiden Deutschen zu verstatten, als sie in Düsseldorf aus dem Buge siegeln. Man hat in dem Schreibblatt des Verräters einen französischen Bankbrief gefunden, aus dem die mitgeteilten Tatsachen hervorgehen. Der Verräter selbst ist flüchtig.

Aus aller Welt.

Der österreichische Völkerbundskommissar Dr. Zimmermann reiste von Wien nach London, um mit den Vertretern des Österreichischen Bankhauses Morgan über die Anleihe für Österreich zu verhandeln. Bei einer Pariser Tagung der österreichischen Anleihekommision erklärten die amerikanischen Vertreter, daß alle Vorbereitungen für die Ausgabe der Anleihe in Amerika abgeschlossen seien. Auch England und Italien wollen Österreich Anleihebeträge geben.

Internationale Postwertzeichenausstellung. Vom 1. bis 9. September d. Js. findet in Wien eine internationale Postwertzeichenausstellung statt, zu der bereits aus aller Welt Anmeldungen eingehen.

Elektrifikation der österreichischen Bahnen. Die österreichische Regierung beabsichtigt mit Genehmigung des Völkerbundskommissars Dr. Zimmermann 100 Millionen Goldkronen von der Anleihe des Völkerbundes für Österreich zur Elektrifizierung des österreichischen Eisenbahnsystems zu investieren. Der Zweck dieser Maßnahme ist die Unabhängigmachung Österreichs von dem Nahlenimport aus Polen und der Tschechoslowakei. Der Nahrungsmarkt zur Versorgung der österreichischen Eisenbahnen stellt nämlich den Hauptosten des Defizits im Eisenbahnbudget dar.

Demissionserklärung über die ungarische Regierung. In Budapest erklärte sich hartnäckig das Gericht, als ob demnächst der Ministerpräsident Graf Bethlen in einer Parlamentssitzung seine Demission erklären wolle. Jedoch wird in politischen Kreisen dieses Gericht dementiert.

Das italienische Parlament nahm in seiner letzten Sitzung mit einer Dreiviertel-Stimmenmehrheit das Haushaltspaket ein und sprach damit der Regierung sein Vertrauen aus.

Sturmzonen im italienischen Parlament. Am Montag kam es zu außergewöhnlich heftigen Szenen im italienischen Parlament, als der Abgeordnete der katholischen Volkspartei Cingolani ein Einschreiten der Regierung in betreff der Tätigkeit der Mission der amerikanischen Methodisten in Rom forderte. Der Unterstaatssekretär Giust erklärte, daß gegenwärtig hierüber noch keine Auskunft gegeben werden könne, solange die gegen die Methodisten erhobenen Vorwürfe nicht als wahr erwiesen seien. Hierauf richtete Cingolani heftige Angriffe gegen die Methodisten und führte eine polemische Auseinandersetzung des Methodistenbischofs Gentilini gegen den Katholizismus an. Hierauf entstand im Parlament ein 20 Minuten dauernder Bär, bei dem sich die katholischen und die liberalen Parteien gegenseitig mit Vorwürfen überschütteten.

Gründung einer neuen Internationalen der slawischen Sozialisten. Die Prager sozialistischen Blätter klagen an, daß die tschechischen Nationalsozialisten eine Internationale des slawischen Sozialismus gründen werden, welche die tschechischen, polnischen und südslawischen nationalsozialistischen Parteien vereinigen soll.

Die Opposition der Araber in Palästina. Amlich wird aus London gemeldet, daß die vor kurzem in Palästina abgehaltenen Wahlen zum Gesetzgebenden Rat als ungültig erklärt worden sind, weil sie von den Arabern boykottiert wurden. Es wird vorläufig ein Beratungskomitee gebildet, das sich aus 12 Mitgliedern zusammensetzt, von denen 7 Mitglieder Araber sein werden.

Amerikanische Ehrengabe eines deutschen Kardinals. Die Universität St. Louis hat den Kardinal Faulhaber von München zum Ehrendoktor ernannt.

Verhaftung eines amerikanischen Generals als Bombenattentäter. In Mexiko wurde der frühere General der Garzaarmee, Modesto Lopez, verhaftet, der beschuldigt wird, kürzlich das Konsulat der Vereinigten Staaten in Mexiko durch einen Bombe-attentäter beschädigt zu haben.

Der Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Der aus dem Krieg bekannte Sozialist Eugen Debs ist zum Vorsitzenden der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten gewählt worden.

Neues vom Tage.

Unfall des berühmten französischen Fliegers. Infolge eines Unfalls stürzte der bekannte französische Luftfahrer Deullin, der im Krieg einer der tüchtigsten französischen Flieger war, ab und wurde völlig verstimmt.

Erdbeben in Persien. Reuter meldet aus Allahabad: Nach Berichten aus Teheran sind bei einem Erdbeben in der Nähe von Meshed viele Dörfer zerstört worden und Tausende von Menschen umgekommen.

Neu-Bestellungen

für Juni
auf das Posener Tageblatt (verbunden mit
Posener Warte)

werden noch fortwährend<br

Nachruf.

Plötzlich und unerwartet verschied unser hochverehrter
früherer Chef, Seine Hochgeboren der Herr
Reichsgraf Jindřich v. Hünstein
auf Trzebosz und Reitwein,
Ritter des Johanniter-Ordens und anderer hoher
Orden.

Aufrechtig trauernd, stehen wir an der Bahre dieses edlen,
gütigen Entschlafenen. Sein vornehmer Charakter, seine stets be-
zeigte Teilnahme an dem Ergehen seiner Beamten, deren Wohl
ihm am Herzen lag, sichern ihm bei uns ein ehrendes Andenken.

Die Beamten der Herrschaft Trzebosz.

Rakette. v. Trzebiatowski. Koderik.

Teichert. Galuska.

Trzebosz, den 29. Mai 1923.

[7363]

Dankdagung.

Für die uns erwiesene Teilnahme beim
Heimgang unseres lieben Entschlafenen, des
Forstlers Edward Arnold, herzlichen Dank.

Frau Auguste Arnold,
Erika, Hans, Kinder.

Forsthaus Izdebsko, den 30. Mai 1923.

Verpachtung der Obstalleen Gorzyn und Gorzycko

am 9. Juni d. Js. im Wege Rentamt Gorzyn,
sozialistischen Angebots an Rentamt Gorzyn,
wohlst Bedingung. Rentamt Gorzyn pow.
vorher einzutreten. Rentamt Gorzyn Medzynsd.

Eine kompl. Ladeneinrichtung,
1 Welgersche Strohpresse,
2 Fleischerei-Einrichtungen

siehen zum Verkauf bei

Otto Tonn, Rogoźno.

2 Motorräder

"Wunderer", 2 Zylinder, 4 PS, 3 Gänge, und
"Laurent Alement", 2 Zylinder, 4 PS,
beide sehr gut erhalten, fahrbereit, sind billig zu verkaufen.

Majetność Drzeckowo, pow. Leszno

Telephon: Osieczna 5.

Verläufe einen gebrauchten, in sehr gulem Zustand

beständlichen

Dampf-Pflug

16 pferdig, System Fowler, komplett, mit 2 Wasserwagen,

Wohnwagen, 5/6 jährigen Pflug und Pumpe.

E. Bogel, Rittergutsbesitzer,
Welnica bei Gniezno.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

tn

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Juni 1923

Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Eckert Ernte-
Maschinen

Lanz Zentrifugen

sind
jahrzehntlang
erprobte Fabrikate!

Sie bleiben unüber-
troffen, beliebt und
bevorzugt in allen
Teilen der Welt.

Für evang.
Theologie-Studierende
und Interessenten
bieten wir
antiquarisch versch. theolog.
Studienbücher

zum Kauf an.
Besichtigung der Bücher in
der Hauptgeschäftsstelle.
Posener Buchdruckerei u.
Verlagsanstalt T. A.
Abt. Verbandsbuchhandlung.
Poznan, Zwierzyniecka 6.

5,0 Brantigerwelpen
abzugeben. Gute Abstammung.
Preis nach Vereinbarung.

Hagena,
Sliwno, p. Buk.

Stellenangebote

Tüchtiger Müller sucht
Stellung als

Erster, Lagerver-
walter, Balkensührer
oder Alleiniger.

Gef. Off. u. G. h. 7341
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Ländl. Pfarrhaus sucht tücht.

Haushäldchen
zum 1. 7., das Gelegenheit
hat, Kochen zu lernen. Off.
unt. M. 7364 a. d. Gef. d. Bl.

Oberschwizer

sucht zu sofort oder später
Stellung im Posenschen und
Pommerschen. Geistige An-
gebote unter V. 7366 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Brennereiverwalter
44 Jahre alt, verh., 1 Kind,
mit sämtl. Masch., Apparaten
u. Landwirtschaft bestens vertr.
sucht vom 1. Juli od. später
Stellung. Gef. Off. erb. an
Bresch, Wejherowo,
ul. Gdanska 15 (Pomorze).

→ Bekanntmachung.
Anschließend an die diesjährige
Landwirtschaftl. Gewerbe-Ausstellung
veranstaltet die **Wielkopolska Izba Rolnicza**
am Montag, dem 2. Juli 1923
in Poznań die

VIII. Pferde-Bersteigerung.

Die Anmeldungen werden spätestens bis zum 10. Juni d. Js. ange-
nommen. Die näheren Auktionsbedingungen sind im "Landwirtschaftlichen
Zentralwochenblatt für Polen" in den Mitteilungen der **Wielkopolska Izba
Rolnicza** bekanntgegeben.

Wielkopolska Izba Rolnicza.

[7344]

40% deutsches Kali
zur Lieferung prompt oder später, sowie
prima oberschles. Kohle
nach jeder Station empfiehlt
Emil Blum, Opalenica.
Telephon 33.

[7226]

Berein Deutscher Sänger
Sonntag, d. 3. Juni, nach
4 Uhr, in der Loge, Grobla:
Frühlingsfest
Bereinsmitglieder u. Gäste
des Vereins sind herzlich ein-
geladen. Eintrittskarten zu
5000 Mark an der Kasse zu
haben. Der Vorstand.

Alöppelskursus (7376)
beginnt Donnerstag, den
7. Juni. Anmeldung täglich
von 4—5 bei Boehme,
Góra Wilka 32, Toruń, 12.

Deutsche Stunden
von einem Ausländer
gesucht

bei jung, gebildetem Herrn od.
Frau. Offeren unt. D. B.
7355 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes erbeten.

Gelernter Gärtnere
übernimmt noch das Berecht-
machen von Schrebergärten,
Villengärten. Parcanelagen.
Auch werden Gärten zw. in
laufende oder zeitweise
Pflege genommen.
M. Kanickowski, Poznań,
ul. Szamarzewskiego 13/15,
Gartenhaus I.

möbl. Zimmer
m. Schreibstisch sucht Kaufmann.
Geistige Angebote unter G.
7388 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes.

Berlin — Poznań.
Gegen Rückerstattung der
Umzugskosten

4 Zimmer-Wohnung
Berlin W gegen gleiche
Wohnung in Poznań
umzu tauschen. Offer. unt.
7338 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes erbeten.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag. den 1. 6., abends 7½ Uhr: "Hoffmanns
Erzählungen", Oper von Offenbach.

Sonnabend. 2. 6., abends 7½ Uhr: "Die Jüdin", Oper
von Halevy.

Sonntag. den 3. 6., abends 7½ Uhr: "Die ver-
tauschte Braut", Komische Oper von
Smetana. Gaspiel: Woszney.

Billettvorverkauf im Zigarettengeschäft des Herrn Görski
im Hotel Monopol. Gte ul. Fredy und Sem. Nielzyński.

Zum 1. Juli d. Js. eine evangelische

Gutssefretärin

gesucht, die schon in solcher Stellung war. — Polnische
Sprachkenntnisse erwünscht.

[7374]

Herrshof Wasowo, pow. Nowy Tomysł.

Landwirt, Deutscher, Dr.
jur. sucht Aufnahme als

Bolontär
auf größerem Gute. Busch.
u. P. h. 7365 a. d. Geschäft.
d. Bl. erbeten.

Stenotypistin
(Anfängerin),
sucht ab 1. 7. 23 Stellung,
auch nach auswärts. Angeb.
unt. 7373 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Zur Unterstützung
Der Hausfrau
suche für bald Stellung
in besserem Haushalt. Häusl.
Familienanschluß erwünscht.
Gef. Angebot unter 7368
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Landwirt,
52 Jahr, mit vieljähr. Praxis,
polnisch sprechend. (7375)
sucht Stellung
als landwirtschaftl. Beamter. Ange-
bote unt. 7375 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Erl. Wirtin,
35 Jahr, mit gut. Zeugnissen,
sucht zum 1. Juli in bess.
kleinen ländlichen Haushalt
Dauerstellung. (7376)
Off. unt. S. 7361 an die Ge-
schäftsstelle d. Blattes.

Kinderärztin 2. Kl.
sucht Stellung aufs Land
(ebd. bald). Angebote erbeten.
unt. 7369 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Suche zum 1. Juli d. J.
für meinen Sohn, welcher jetzt sein Jahr abgängt hat
landw. Beamtenstelle.

3½ Jahr gewissensfreie Leidzeit hierorts vor der Dienstzeit
beendet. Familienanschluß Bedingung. Persönliche Vor-
stellung kann jederzeit erfolgen.
Gef. Überbietungen erwünscht

[7369]

**Rittergutsbes. O. Naue, Janocin, Post Chelmno,
K. Strzelno.**

Unverh. Förster,
25 Jahre alt, sucht vom 1. Juli cr. oder von sofort
Stellung, erstl. Dauerstellung. Bin in allen Zweigen
des Forstwesens bewandert (Kultur, Holzschläger usw.), kann
auch die Forsterei übernehmen. — Angebote unt. K. 7385
an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Aus Stadt und Land.

Posen, 1. Juni.

Neuverpachtungen.

Das Wojewodschaftsamt, Ausschüß für Staatsdomänen, in Posen gibt bekannt, daß im Wojewodschaftsamt, ul. Gołębia 1, Zimmer 596, durch öffentliche Meistbietung die durch einen Ossertenkonkurs eingeleitet wird, folgende Güter auf die Zeit vom 1. Juli 1923 bis zum 30. Juni 1935 bzw. 1938 und 1937 verpachtet werden:

A) Am 5. Juni 1923 um 10 Uhr die Begüterung Węgierzów im Kreise Beżewno mit Brennerei und Elektrozentrale und einem Gesamtgebiete von ca. 504 Hektar, hierunter ca. 400 Morgen Übungssplatz. Das nötige Kapital beträgt ca. 400 Millionen Mfp., das Badium 20 Mill. Mfp.

B) Am 6. Juni 1923 um 10 Uhr die Begüterung Bettlowo im Kreise Kościan von einer Gesamtfläche von 518 Hektar; hierin ca. 35 Hektar Wiesen. Das nötige Kapital beträgt 500 Mill. Mfp.; das Bodium 30 Mill. Mfp.

C) Am 7. Juni 1923 um 10 Uhr die Begüterung Chorążyna im Kreise Kościan von einer Gesamtfläche von 681 Hektar; hierin ca. 45 Hektar Wiesen. Das nötige Kapital beträgt 1000 Mill. Mfp.; das Bodium 60 Mill. Mfp.

D) Am 8. Juni 1923 um 10 Uhr die Biegelei und Brettsäge in Racocie, Kreis Kościan. Das Bodium beträgt 5 Mill. Mfp.

Die Auktion beginnt von einem pro Hektar Ackerland festgelegten Pachtpreise in Kiloogr. Roggen, und zwar für Węgierzów von 120 Kiloogr., für Bettlowo 180 Kiloogr., für Chorążyna 200 Kiloogr. Roggen, für die Biegelei und Brettsäge sind die Osserten ebenfalls in Kiloogr. Roggen anzugeben.

Die Reflektanten müssen genügend mit Stempelmarken verjedete Osserten für diese Pachtungen im Wojewodschaftsamt, Zimmer 596, bis zum 2. Juni 1923, 12 Uhr, in versiegeltem Umschlag mit der Überschrift: Osserte für die Pacht des Gutes ... einsenden.

Zur mündlichen Auktion werden nur die Reflektanten zugelassen, welche die Auktionskommission für entsprechende Kandidaten anerkennt.

Nach beendigter Auktion steht der Kommission das Recht zu, unter den Reflektanten, unabhängig von der Höhe des deklarierten Pachtzinses, einen Kandidaten für die Pacht zu wählen.

Die Osserten muß enthalten:

1. Vor- und Zuname, Beruf oder Titel, Staatsbürgerschaft und die genaue Adresse (Wohnort), kurzen Lebenslauf, Beweise des Berufes im Original oder beglaubigten Abschriften, sowohl der Praxis wie auch der beendeten niederen oder höheren Studien.

2. Angabe des Pachtzinses pro Jahr und Hektar in Roggen in Worten.

3. Eine Deklaration folgenden Inhaltes: a) Unterschriebener erklärt, daß ich mich mit allen Auktions- sowie auch mit den allgemeinen Pachtbedingungen der Staatsdomänen vertraut gemacht habe und mich verpflichte, die Bedingungen auch zu erfüllen. Als Garantie für meine Verpflichtung habe ich ein Bodium von ... im Finanzamt oder in der P. R. R. P. hinterlegt, worüber ich die Quittung befüge. b) folgende Deklaration: Ich erkläre, daß ich mit dem Augenblick, in dem mir die Pacht zugewiesen wird, ein anderes Landgut weder besitzen noch verwalten noch pachten werde, entspr. § 31 der allg. Bedingungen der Verpachtung von Staatsdomänen des Jahres 1922."

Die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Privat-eigentums in Amerika.

Der Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika hat am 4. März 1923 ein Gesetz (die sogenannte Winzlow-Bill) erlassen, nach dem die auf Grund des Gesetzes über den Handel mit dem Feinde (Trading with the enemy act) vom 6. Oktober 1917 beschlagnahmten deutschen Privatvermögen bis zur Höhe von 10 000 Dollar im Einzelfalle freigegeben werden. Es werden ferner freigegeben die nach dem 4. März ausstehenden Fälligkeiten aus den 10 000 Dollar übersteigenden, in Beschlagnahme verbleibenden Vermögen, und zwar die ebenfalls bis zum Betrage von 10 000 Dollar im Jahre. Die Freigabe erfolgt nur auf Antrag, der an dem Verwalter des feindlichen Vermögens in Washington (Alien Property Custodian) zu richten ist.

Eine Zusammenstellung über das bei Anträgen auf Freigabe zu beobachtende Verfahren ist in Nr. 110 der Industries- und Handelszeitung vom 15. Mai 1923 veröffentlicht worden und kann durch den Verlag Heimann Hobbing, Berlin SW 61, Großbeerenstraße 17, bezogen werden.

Es ist dringend anzuraten, Anträge erst nach Einsichtnahme in diese Zusammenstellung zu stellen.

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(24. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Else zuckte zusammen; ihres Mannes Stimme war deutlich auf dem Hof vernembar. Er befahl die Pferde zu morgen früh um sieben Uhr, die gnädige Frau und der Oberleutnant würden wieder reiten.

Sie wechselten einen schnellen Blick; der Ritt würde ihnen ein ungestörtes Beisammensein zur Aussprache verschaffen. Rainer aber konnte dem Bruder jetzt nicht begegnen. "Ich rauche noch eine Zigarette im Garten," sagte er schnell. Die Mama wollte noch einwerfen, daß Hans-Otto es gar nicht liebte, wenn er sich zurückzog, aber er hörte nicht darauf.

Else zuckte sich die dunkelste Ecke aus. „Meine Augen tun weh," entschuldigte sie sich.

"Nun, ist wieder alles im Musentempel versammelt?" fragte der Rittmeister eintretend. „Kinder, ich bin froh, daß der Tempel hinter mir liegt! Zwei Tage lang immer auf Draht gehen, mit einer Höhe unter dem Dach, das ist nichts für mich. Lebrigens ist der Großherzog noch dieselbe verrückte Kralle, die er immer war. Was sollte denn die Abschreckungsbedeutung? Rainer wollte er zum Adjutanten haben? Für den ist der Fürstendienst gar nichts; das hält er nicht acht Tage aus, wo steht er denn? – Im Garten! – Mit dem Karussell laufen um den einzigen Rasenplatz wird er ja bald fertig sein. Und was hieß denn der fromme Wunsch an Dich, Else? Dass Du nach seiner Freundeshand greifen solltest. Wenn eine junge Frau einen Rat braucht, ist ihr Mann dafür da und kein Prinz nötig. Hab' ich nicht recht?"

„Ja, gewiß," erwiderte sie nervös, „es war auch nur eine liebenswürdige Redensart."

Der Hausherr hatte noch viele Wünsche. Wein mußte er haben, die Zigarren hatte er in seinem Zimmer vergessen; einige Belegte Brödchen konnten auch leicht schaden, und ist nicht noch etwas von dem guten, kalten Rehbraten

Zur Ermordung des Forstwärts im Kreise Krotoschin

Bur Ermordung des Forstwärts Neugebauer in Blankensee wird der „Krot. Btg.“ aus Deutsch-Krotoschin gemeldet, daß es der staatlichen Polizei gelang, einen Täter zu verhaften. Es ist der 25jährige Wirtsohn Anton Pluta aus Budz, Kreis Krotoschin. Der Mörder behauptet, den entsehenerregenden Meuchelmord ganz allein verübt zu haben, was nicht ganz glaubhaft erscheint.

Über die Beisetzung des Forstwärts am Trinitatissonntag wird dem genannten Blatte aus Deutsch-Krotoschin folgendes Stimmbild gefandt: Draußen ein lührer, regnerischer Maiensonntag, innen aber auf unserem evangelischen Kirchhofe eine zahllose Menschenmenge, die dem auf so bestialische Weise ermordeten Förster die letzte Ehre geben wollten. Gegen 5½ Uhr nachm. traf der Trauerzug aus Blankensee, geleitet von einem Ehrengefolge von Förstern, Beamten und den nächsten Angehörigen, auf dem Kirchhofe ein. Der Sarg war reich geschmückt und legte Beugnis ab von der Liebe und Wertschätzung, der sich der jäh ermordete in den weitesten Kreisen von Stadt und Land erfreute. Wir bemerkten besonders einen prächtigen Kranz mit breiter grünseidener Schleife und der Goldschrift „Ruh in Frieden“. Gewidmet von den Beamten des Forstamt-Bezirks Krotoschin. Herzschütternd war, der wehe Anblick der weinenden Kinder, der treuen Chefzögern und der greisen, schwergesetzten Mutter. Pfarrer Giesel-Dobrzynski legte in seiner padenden Leichenrede nach dem Bibelwort „Herr Gott, wie unerforschlich sind deine Wege“ das Verabscheuungswürdige dieser Feigen, ganz besonders ruchlosen Tat dar, gab in flammenden Worten der allgemeinen Entrüstung Ausdruck und machte die Nachkriegszeit namentlich für diese entsetzliche Freveltat an einem treuen Beamten verantwortlich. Den Angehörigen spendete er innigen Trost und verhieß ihnen Gottes sichere Hilfe für die Zukunft. Nach dem Gesange: „Wo findet die Seele die Heimat, die Ruh“ folgte Gebet und Segen und mit dem Liede: „Wenn ich einmal soll scheiden“ endete die Trauerfeier.

Der Teilstreik in Bromberg.

Die „Deutsche Rundsch.“ in Bromberg berichtet in ihrer letzten Donnerstagsausgabe folgendes:

Die Streiklage in unserer Stadt ist unverändert. Bisher sind weitere Arbeitsniederlegungen nicht erfolgt, ebenso wenig Arbeitsaufnahmen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind bisher noch nicht in Verhandlungen getreten. Gestern (b. h. Dienstag) fand eine Versammlung der Arbeitnehmer statt, in der einstimmig beschlossen wurde, erst dann die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn von den Arbeitgebern der geforderte Lohnzuschlag von 33½% v. h. ab 4. Mai bis zum Streiktag gezahlt wird, und vom Streiktag ab der Arbeitslohn den in Posen gezahlten Gehältern entspricht.

* Die Überschrift „Ausweisungen deutscher Optanten“ an der Spitze der Beilage der Donnerstagsausgabe ist irrtümlich. Soviel wir erfahren, handelt es sich bei den bisherigen Ausgewiesenen um Reichsdeutsche, nicht aber um Optanten.

Wichtig für Landwirte! Die von der zuständigen Ministerialkommission genehmigten Lohnsätze (Budget-Lohnabelle) sind im „Landwirtschaftlichen Centralwochenblatt für Polen“ in Nr. 22 veröffentlicht, worauf wir unsere Leser ganz besonders aufmerksam machen.

* Der gestrige Fronleichnamstag stand eigentlich unausgesetzt unter drohendem Regen, ohne daß solcher, abgesehen von einigen Tropfen, herabging. Infolgedessen erlitten die Prozessionen die sämtlich wieder unter einem Nischenandrang der Bevölkerung von statuen gingen, keinerlei Störung. Am Vormittag um 9 Uhr fand die Hauptprozession am Dome unter Teilnahme des Kardinal-Erzbischofs Dr. Dalbor statt, während die Prozession vom Weihbischof Łukomski gelebt wurde. Nachmittags 5 Uhr wurde in der Franziskanerkirche und um 6 Uhr an der St. Florianskirche in Jersik je eine Prozession zelebriert.

Der Deutsche naturwissenschaftliche Verein unternimmt am Sonntag, dem 3. Juni, einen Ausflug nach Kowelitz, Wierzona und dem Annaberg. Abfahrt nach Kowelitz 10 Uhr früh, Rückfahrt von Czerwonak-Posen an 7½ nachmittags. Verpflegung mitnehmen. Gäste sind willkommen.

Die nächsten Konzerte. Am Montag der kommenden Woche (4. Juni) findet im Evang. Vereinshaus das Konzert des Geigers St. Baranowicz statt am Sonnabend (9. Juni) an derselben Stelle das Konzert der Sopranistin Bertha Crawford. Eintrittskarten zu beiden Veranstaltungen verkaufen die Buchhandlung von M. Art, Platz Wolności Nr. 7.

* Beschlägeln wurden gestern auf dem hiesigen Bahnhofe einem Drogenhändler aus Fabianice bei Podz 40 Liter reiner Spiritus.

mit Johannisbeeren da? Frau von Biegeleben eilte geschäftig hin und her; es war ihr lieb, tätig sein zu können; die Luft in dem harmonisch gestimmten Musikzimmer kam ihr heute etwas elektrisch geladen vor. Rainers Erregung und die Tränen ihrer Schwiegertochter gaben ihr zu denken.

„Weshalb sitzt Du denn wie eine lichtscheue Fledermaus in der Dunkelheit?“ wandte sich Hans-Otto, nachdem er gesättigt war, an seine Frau. „Komme her und trink ein Glas Wein, ich habe Dir etwas zu erzählen. Der Ball wird als Gartenfest wiederholt; mit einigen Aufführungen. Als Schluss kommt der „Kürmärkte“. Los geht's, Du spieler die Partie. Alle waren schon begeistert, wie schön Du es machen wirst.“

„Nein, ganz gewiß nicht,“ antwortete die junge Frau schaudernd. „Ich habe jetzt genug von Festlichkeiten.“

„Ich habe für Dich zugesagt, Frau v. Rotburg erwartet Dich morgen zur Besprechung.“

„Ich werde hingehen und sie bitten, eine andere Wahl zu treffen. Eine ihrer beiden Töchter wird es viel besser machen als ich.“

„Keine tanzt so schön wie Du,“ sagte der Chemann, ob ihres Widerspruches erstaunt die Augenbrauen hochziehend. „Und ich wünsche, daß es dabei bleibt.“

„Es tut mir leid, Deinen Wunsch nicht erfüllen zu können.“ Else war so überreizt, daß sie, die sonst so Sorgsame, die Spuren ihres Batisttaschenstuches rücksichtslos zerplückte. „Ich fühle mich so ermüdet durch die letzten unruhigen Tage, daß ich keine neuen geselligen Verpflichtungen übernehmen kann.“

„Ich, ich!“ wiederholte Hans-Otto unwillig. „Das ist ja ganz was Neues, daß Du jetzt bestimmst willst. Hier hat nur einer zu bestimmen, und der eine bin ich. Ich habe bestimmt, und dabei bleibt es.“

„Das werde ich mit Frau v. Rotburg besprechen, sie ist liebenswürdig genug, mich nicht quälen zu wollen, wenn ich sage, daß ich elend bin.“

„Du warst ja bis jetzt ganz gesund.“ Er zog seine Frau prüfend an. Sie war allerdings sehr blaß, und die breiten Lider lagen tief über den verschleierten Augen. Aber solch bisschen Ermüdung gab sich doch schnell. „Beschlafe es Dir nur

* Aus der Warthe gezogen wurde gestern nachmittag gegen 5 Uhr am Gerberdamm die schon stark in Verwesung übergegangene Leiche einer unbekannten Frau.

* Das Opfer eines Raubüberfalls wurde die Kontoristin Gertrud Sellert von der A.-G.-G. in der St. Martinstr. 41. Sie wurde von zwei Männern überfallen und um 400 000 M. veräubt.

* Für zwei Millionen Leder abgejagt wurde von einem Militärposten zwei Einbrecher, die der Gerberei am Gerberdamm 4 einen Besuch abgestattet und Leder in großen Mengen gestohlen hatten. Sie wurden von dem Posten überrascht und verfolgt, so daß sie sich gezwungen sahen, sich ihrer Beute zu entledigen.

* Festgenommen wurde hier ein aus dem Zentralgefängnis in Breslau entwichener Strafgefangener Anton Koperski von hier.

* Diebstähle von Bleirohren aus den Klosets sind einmal wieder an der Tagesordnung. So wurde ein gewisser Paweł Serafinowicz im Hause Ogrodowa 11 (fr. Gartenstr.) beim Diebstahl von 80 cm Klosettrohren, ferner ein ul. Maleckiego 28 (fr. Prinzenstr.) wohnhafter Piotr Wenderski bei Diebstahl von Klosettrohren überrascht und festgenommen. Der Verübler eines gleichen Diebstahl in der ul. Strzelecka 5 (fr. Schützenstr.) ist mit seinem Raube unerkannt entkommen.

* Diebstähle. Gestohlen wurden: an der Droga Dobicińska (fr. Eichwaldstr.) ein Fahrrad; ebenso ein Fahrrad aus dem Tore des Hauses Góra Wilda 10 (fr. Kronprinzenstr.), Marie Phänomen Nr. 199 374; aus einer Verkaufsstube an der ul. Granwaldzka (fr. Auguste Bistoriastr.) 300 Zigaretten und 2½ kg. Bonbons im Gesamtwert von 50 000 M.; bei einer Schlägerei an der Bazarusstraße eine goldene Uhr im Wert von 2 Millionen M.; ferner einem Mann aus der Gegend von Czepin eine silberne Uhr mit goldener Kette im Wert von 2 Millionen M.

* Dirschau, 28. Mai. Der Reiseverkehr zwischen Dirschau und Danzig wird von Tag zu Tag lebhafter. In einer Botschaft an das „S. Pom.“ wird aber warnend bemerkt, daß die zahlreichen polnischen Pendelgäste sich das Überschreiten der Grenze zu leicht denken und oft ohne ausreichende Ausweise im Dirschau eintreffen. Seit einiger Zeit können man immer häufiger beobachten, daß Reisende mit vieltem Gepäck und starlem Familienanhang bei der Passkontrolle auf Schwierigkeiten stoßen. Der Personalausweis muß unbedingt ein Bilderschein enthalten und die Staatsangehörigkeit des Reisenden nennen. In der verflossenen Woche mußten 200 Personen in Dirschau zurückbleiben, und täglich wiederholen sich für beide Teile wenig angenehmliche Zwischenfälle.

* Kolmar, 31. Mai. Die hiesige Porzellanaufarbeit ist von der Bank Lewonski in Lemberg angekauft worden.

* Kamitz, 31. Mai. Die Pensionsmutter von Kamitz und Lissa haben übereinstimmend den Pensionspreis für Juni auf 140 000 M. festgesetzt; Beleuchtung wird besonders berechnet. Die Pensionskosten bleiben dieselben wie bisher. Während in Posen bei Ferienmonaten voll bezahlt werden müssen, berechnen Lissa und Kamitz nur die Hälfte und ohne Zeitlieferungen.

* Schönlanke, 30. Mai. In dem nahen Dorfe Neudorf ist die staatliche zweistöckige Schule, die erst im Jahre 1912 errichtet worden ist, durch einen Schadenfeuer vernichtet worden. Das Feuer brach nachmittags um 3 Uhr auf unerklärliche Weise aus. Obwohl Hilfe aus der Nachbarschaft schnell herbeieilte, brannte der Oberbau völlig nieder. Auch das ganze Innere der Schule ist ausgebrannt.

Aus Ostdeutschland.

* Marienburg, 30. Mai. Unter riesiger Anteilnahme der Bevölkerung aus den westpreußischen Kreisen und Ostpreußen fand hier am Sonntag in Anwesenheit des Generalfeldmarschalls von Mackensen die Standartenweihe von 4 Regimentsvereinen statt. Etwa 50 Vereine mit 40 Fahnen aus Ost- und Westpreußen, wie auch aus Danzig waren dazu erschienen. Gegen 11½ Uhr traf im Auto, von der Menge stürmisch begrüßt, der Generalfeldmarschall, von Ostpreußen kommend, ein und wurde an der Stadtgrenze von jungen Leuten in der Ordensrittertracht empfangen und eskortiert. In der Begleitung des Feldmarschalls befanden sich General Graf Hindenbusch, Graf Dohna-Wilkens und Oberstleutnant Pfaffenroth, der letzte Kommandeur des Deutschordens-Inf.-Regts. Nr. 182. Auf der Festwiege am Schützenhaus begrüßte Erster Bürgermeister Pawełek den großen Heerführer in herzlichen Worten. Die Fahnenweihe nahm sodann Superintendent Möhrke vor. Gemeint wurden die Standarten des Vereins ehemaliger Angehöriger des Deutschordens-Inf.-Regts. Nr. 182, des Kavallerieregiments von Marienburg und Umgegend und des Königsdorfer Krieger- und Militärvereins. Feldmarschall von Mackensen sprach kurz und markig zu den Versammlten. Trotzdem die sozialistische Presse in ganz Ostpreußen die übliche Hetze gegen den „reactionären Kummel“ entfacht und zu Gegendemonstrationen aufgerufen hatte, ist es zu keinen Zwischenfällen gekommen. Der ursprünglich beabsichtigte Festzug war zunächst verboten worden, wurde dann aber nachträglich doch genehmigt, allerdings ohne Musik und Beteiligung der Reichswehr.

* Wittenberg, 30. Mai. Unter riesiger Anteilnahme der Bevölkerung aus den westpreußischen Kreisen und Ostpreußen fand hier am Sonntag in Anwesenheit des Generalfeldmarschalls von Mackensen die Standartenweihe von 4 Regimentsvereinen statt. Etwa 50 Vereine mit 40 Fahnen aus Ost- und Westpreußen, wie auch aus Danzig waren dazu erschienen. Gegen 11½ Uhr traf im Auto, von der Menge stürmisch begrüßt, der Generalfeldmarschall, von Ostpreußen kommend, ein und wurde an der Stadt

Handel und Wirtschaft.

Handel.

G Einfuhr deutscher Waren auf dem Umwege über Tschechien und Österreich. Ungewöhnlich interessant ist, so schreibt der „Kupfer“, die Statistik betreffend die Handelsbeziehungen Polens mit den einzelnen westlichen Ländern. In dieser Statistik spielt Deutschland eine wichtige Rolle. Die Ausfuhr aus Polen nach Deutschland beträgt 49 Prozent der Gesamtausfuhr. Ihr Wert in Schweizer Franken berechnet 60 074 000. Die Einfuhr aus Deutschland nach Polen beträgt 15,6 Prozent der Gesamteinfuhr, d. i. rund 47 030 000 Schweizer Franken. Diese Ziffer ist aber unzureichend, denn eine beträchtliche Menge deutscher Waren wird mit Rückicht auf die in letzter Zeit entstandenen Schwierigkeiten nicht unmittelbar aus Deutschland, sondern auf einem Seitenweg durch Tschechien oder Österreich befördert. Nach dem „Kupfer“ kann man schwungswise rechnen, daß von der Gesamtsumme des tschechischen Imports nach Polen im Betrage von 25 158 000 Schweizer Franken sich für 20 Millionen Schweizer Franken deutscher Import befindet. Von dem Gesamtbetrag des österreichischen Imports aber in der Höhe von 28 635 000 Schweizer Franken sind 22 Milliarden auf deutsche Importware zu rechnen. Es wurde bei der Nachprüfung der Einfuhrstatistik festgestellt, daß sowohl Tschechien wie Österreich solche Waren, welche nicht in ihrem Lande hergestellt sind, als eigene importieren. Die durch tschechische oder österreichische Firmen nach Polen eingeführten deutschen Waren sind um 30 Prozent teurer als die unmittelbar aus Deutschland eingeführten. Für die erste Hälfte des laufenden Jahres würde das eine Bezahlung von ungefähr 30 Millionen Schweizer Franken für Polen bedeuten. Was unsere Ausfuhr nach Deutschland betrifft, so besteht sie hauptsächlich in Lebensmitteln, Holz und oberschlesischer Kohle. Die Einfuhr aus Deutschland sind hauptsächlich Installationsmaschinen und Chemikalien.

G Die Handelsbeziehungen zwischen Polen und Österreich. Der österreichische Kammer Dr. Seipel will Ende Juni nach Warschau kommen, wo er sich wahrscheinlich drei Tage aufzuhalten wird, um eine Reihe von Wirtschaftssprechungen abzuhalten zum Zwecke der einheitlichen Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Polen.

G Handel mit der Tschechoslowakei. Dem deutschen Außenhandelsverband wird, wie das Blatt „Deutscher Außenhandel“ meldet, aus Novatese-Zglo geschrieben: Es kann nicht eindringlich genug darauf gewarnt werden, gegenwärtig bei Lieferungen nach der Slowakei Kredit einzuräumen. Die wirtschaftliche Lage ist geradezu trostlos. Ein großer Teil der Industrie liegt still, insbesondere die Textilindustrie und die Hüttenwerke. Zahlreiche Firmen beabsichtigen, nach Ungarn und Rumänien überzusiedeln, soweit sie dazu in der Lage sind. Den an sich möglichen Rechtsweg für ausländische Firmen ist meistens erfolglos. Die Zahl der schlecht bezahlten Reichter ist so gering, daß sie die zahlreichen Prozesse überhaupt nicht bearbeiten können. Hat der Gläubiger schließlich ein vollstreckbares Urteil erzielt, so kann der Schuldner im Vollstreckungsverfahren durch Hinterlegung eines Sparfassendaches Ausschöpfung der Vollstreckung erwirken. Vorsicht gilt auch für den Abschluß von Verträgen mit dem Staat und seinen Organisationen (Eisenbahn, Postverwaltung usw.), die sehr schlechte Zahler sind. Im allgemeinen sollte nur gegen Vorauflösung einer Sicherstellung im Ausland geliefert werden.

G Russisch-polnische Handelsbeziehungen. Die russische Wirtschaftszeitung „Economie des Jap.“ äußert in einem Artikel: „die russisch-polnischen Beziehungen“ die Ansicht, daß trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten die Aussichten auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten sehr vorteilhaft sind. Das Blatt behauptet, daß die polnische Industrie die wichtige Rolle eines Warenimporteurs nach Russland spielen kann. Ferner leuchtet das bolschewistische Wirtschaftsblatt die Ausmerksamkeit auf das Transithproblem. Gewisse Privilegien Polens auf Grund des Nigar Vertrages sind dabei von Bedeutung. Es handelt sich namentlich um den deutschen und österreichischen Transithandel nach Russland und der Ukraine. Diese Frage wird immer aktueller, und ihre Lösung kann sehr zur Verbesserung der Handelsbeziehungen in diesen Ländern beitragen. Zu Ende des Artikels wird versichert, daß Russland bereit ist, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um ein Einverständnis in Handelsfragen mit Polen zu erzielen, und daß es keine Gründe gibt, weshalb Russland Polen gegenüber andere Grundsätze anwenden sollte als im Verkehr mit anderen Staaten.

G Bank Centralny, T. A. in Posen hat eine ordentliche Generalversammlung ihrer Aktionäre abgehalten, in der zwei Drittel des Anlagekapitals vertreten waren. Der Gesamtumfang der Bank betrug im Jahre 1922 nahezu 18 Milliarden. Der Reingewinn betrug 15 Millionen. Es wurden 30 v. H. Dividende verteilt. Das Aktienkapital wurde um weitere 25 Millionen erhöht.

G Erhöhung der deutschen Kalipreise. Der Reichskalirat beschloß in seiner letzten Sitzung, die Kalipreise um 27,5 v. H. zu erhöhen. Zugleich wurde der Preiskommission des Reichskalirates Vollmacht zu einer neuen Preiserhöhung im Hinblick auf die kurz bevorstehende Kohlenpreiserhöhung erteilt. Die Sitzung dieser Kommission fand am 31. Mai statt.

G Das Syndikat für Potashsalze erhöhte die Preise um 7½ Prozent.

Industrie.

G Über Rauchwirtschaft des Auslandskapitals in der polnischen Montanindustrie lagt die polnische Presse soweit sie nicht als französisch anzusprechen ist, schon seit Jahr und Tag, doch scheint es ihr noch nicht in ausreichender Weise gelungen zu sein, die Aufmerksamkeit der zuständigen Warschauer Stellen auf diese Verhältnisse zu lenken. Neuerdings laufen aus dem Dombramaer Revier von den verschiedenen Seiten wieder Nachrichten ein, daß jenes gefährliche System einer noch nie dagewesenen Umfang angenommen habe. Man habe dort nur diejenigen Flöze ab, die ganz besonders lagen und sind. Dabei gehen andere weniger erzielbare, aber doch abbautüdige Flöze vollkommen verloren und wird das polnische Nationalvermögen in ungeheurester Weise geschädigt. Sehr oft werde auch die Kohle unter den Eisenbahnlö-

pern in einer Weise abgebaut, daß der gesamte Bahnbetrieb in Gefahr gerate. Nicht anders liegen die Dinge in dem galizischen Petroleumbezirk. Die Finanzlage Polens hat es bedauerlicherweise gezwungen, sich gerade auf diesem Wirtschaftsgebiete durch dessen vernünftige Prüfung mit am leichtesten zur Verbesserung der polnischen Außenhandelsbilanz beitragen könnte, fast ganz in die Abhängigkeit ausländischen und vornehmlich französischen Kapitals zu begeben. Und diesen Umstand nutzen die Direktoren der ausländischen Gesellschaften derart aus, daß man, wie „Kurjer Wadowicki“ schreibt, nur von einer trassen Münzforschung reden könne, welche die gesamte polnische Petroleumindustrie direktire.

G Knappheit an oberschlesischer Kohle in Deutschland. Seit längerer Zeit ist bessere westoberschlesische Kohle in Deutschland nicht mehr erhältlich. Hierauf hat der Reichskohlekommissar zu einem erheblichen Teile Beifall gelegt. Auch gesetztere Sorten aus Westoberschlesien sind nur mit großen Schwierigkeiten zu haben. Das gleiche trifft für Oberschlesien zu, soweit es sich um Gas Kohlen oder sonstige eröffnete Sorten handelt. Für alle übrigen oberschlesischen Kohlen ist augenblicklich und für die Zukunft nicht nur mit kleiner Flut, sondern einem übermäßigen Zuspruch zu rechnen, zumal englische Kohle selbst in den norddeutschen Küstenstädten ohne Eisenbahnfracht sich zwei bis drei Mal so hoch stellt als polnische Kohle einschließlich der Eisenbahnfracht, so daß die Einfuhr von englischer Kohle fast ganz aufhören wird, wenn nicht infolge Ausverkaufs der oberschlesischen Kohle und Bemühens der industriellen Belegschaft darauf zurückgegriffen werden muß. Schließlich können wir noch erwähnen, daß bekanntlich ein ganz erheblicher Teuerungszuschlag auf polnische Kohle beschlossen worden ist, ein Zeichen, daß Absatzschwierigkeiten für polnische Kohle nicht vorhanden sind.

G Polnische Kohle für Italien. Infolge des Einbruchs in das Aufgebot und der vermindernden Lieferung an deutscher Kohle nimmt in Italien das Interesse für polnische Kohle zu. In Mailand hält sich zur Zeit ein Vertreter der französisch-polnischen Kohlegesellschaft Katomix auf, um größere Abschlüsse mit der italienischen Eisenbahn-Bermaltung zu tätigen.

G Centrala Stör T. A. in Posen erhöhte auf Grund der Generalversammlung vom 13. April d. Js. ihr Aktienkapital um 100 Millionen auf 200 Millionen M. Die neue V. Emision ist der Bank Przemysłowej zum Vertrieb übergeben. Bisherige Aktionäre erhalten für jede 1000 Mark-Aktie I.—IV. Em. eine junge zum Kursie von 1000 %. Die Centrala Stör ist im Besitz von erheblichen Sachwerten. Außer Milliardenwerten von Brütern an fertigen Waren, Halbfabrikaten und Rohstoffen besitzt die Gesellschaft bedeutende Fabrikationsanlagen, die mit Maschinen des neuesten Systems ausgestattet sind. In Posen, Grochowice Laki 4, befindet sich das Hauptgebäude mit den Büros der Hauptverwaltung und einer Fabrik von Dreibrüren, Stoffdrähten und Ledergalantierenwaren, ferner am Hauptbahnhof ein Lagerhaus für Rohleder, in Głowno eine Gerberei für Chromleder, in Gniezno eine Schuhfabrik und eine Gerberei für Söhlender, in Rawitsch eine Gerberei in Graudenz ein Wohnhaus mit Büros, ein Lager und ein Bauplatz.

Danziger Neugründungen.

Buldan. Bulowinisch-Danziger Holzkommission- und Handelsges. m. b. H. Zwed: Holzbandel und Handel mit anderen Waren. Kapital: 600 000 Mark. Geschäftsführer: die Kaufleute Lazarus Land in Zoppot, Binowi Warin in Chervonie und Samuel Technauer in Danzig. Geschäftsräume: Langasse 75.

Bank dla Handlu w Przemyslu w Warszawie Spolka Akc. Zweigniederlassung Danzig. Zwed: Betrieb eines Bankgeschäfts. Kapital: 172 800 000 M. M. Generalvollmächtiger für die Danziger Zweigniederlassung: Bankdirektor Stanislaus von Chrystoporski in Danzig. Geschäftsräume: Große Wallstraße 14.

Adria. Handels- und Transportges. m. b. H. Zwed: Betrieb von Handelsgeschäften aller Art, insbesondere von Speditions- und Frachtdiensten. Kapital 1 Million Mark. Geschäftsführer: die Kaufleute Rudolf Alexander Winkler in Zoppot und Vladimir Mustolek in Danzig. Geschäftsräume: Milchannengasse 21.

Duro-Farbwelke G. m. b. H. Zwed: Herstellung von Rostschutzfarben. Kapital: 1 Million Mark. Geschäftsführer: Fabrikdirektor Curt Boltenhagen in Danzig-Langfuhr und Kaufmann Erich Prochnow in Danzig-Brüder. Geschäftsräume: Hochstr. 13.

Segall & Co. G. m. b. H. Zwed: Handels- und Kommissionsgeschäfte mit Waren aller Art. Kapital: 800 000 Mark. Geschäftsführer: die Kaufleute Abraham Segall, David Kahn in Danzig und Schmelz Gurary in Zoppot. Geschäftsräume: Milchannengasse 7.

Wirtschaft.

G Keine Stempelgebühr für Quittungen und Rechnungen. Die Großpolnische Schahammer weist daraufhin, daß keineswegs, wie vielfach in Handelskreisen angenommen wird, im ehem. preuß. Teilgebiet durch eine Verordnung des Schahministers vom 24. April d. Js. Stempelabgaben von Quittungen und Rechnungen eingeführt sind. Vielmehr sind Quittungen und Rechnungen im ehem. preuß. Teilgebiet weiterhin von Stempelabgaben frei.

Verkehr.

G Von der Weichsel-Schiffahrt. Der Verkehr auf der Weichsel ist, wie der „Osten“ berichtet, in diesem Jahre trotz guten Wassersstandes außerordentlich gering. Namentlich zwischen Danzig und Polen findet kein nennenswerter Verkehr statt. Es scheint fast, als ob die Schiffahrt zwischen Danzig und Polen ständig zurückgegangen ist. Die Schiffahrt mit Polen erstreckt sich meist nur noch bis Dirschau, wobei Dirschau als Eisenbahnumschlagsplatz benutzt wird. Von oberhalb Dirschau kommen in der Woche meist nicht mehr als 3 bis 4 Fahrzeuge. Die meisten Rähne fahren stromauf ohne Ladung und kommen stromab mit Holz. Verhältnismäßig lebhaft ist noch der Verkehr mit Königsberg und Elbing. Die Gesamtzahl der nach Danzig kommenden Binnenschiffe ist noch nicht halb so groß als vor dem Kriege. Die Holzföhlerei hat bereits eingesezt, was aber bisher nicht lebhaft.

Warschauer Börse vom 30. Mai.

	Devisen:
Belgien	3053 1/2—3015 Paris
Berlin	89 1/2 Prag
Danzig	89 1/2 Schweiz
London	246 000—247 000—245 500 Wien
Rouen	52 000—52 750 Italien
	3545—3510
	1602 1/2—1580
	9480—9555
	78 1/2—74
	2565—2577 1/2—2540

Kurje der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Bankaktien:	1. Juni	30. Mai
Bank Dyl. Budgoszcz-Gdańsk I. IV.	—	2500
Kwilecki, Potocki Ska. I.—VII. Em.	—	7800—7000
o. Bez.	—	9500—9000
Bank Przemysłowa I. Em.	9300—9000	16 000—15 000
Bank Sz. Sz. Garb. I.—X. Em.	14 000—14 800	8500—10 000—9500
Bolst. Bank Handl., Poznań I.—VIII. Em.	9000	2800—2400
Bran. Bankiem I.—V. Em.	2500—2600	—
Bielfoy. Bank Rolniczy I.—IV. Em.	2100—2200	—
Bank Mlynarz	2000	1800
Industriaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	—	8000
Budgoszcz Fabryka Miedzi I. Em.	5000	—
Browar Krzysztofki I.—IV. Em.	40 000—30 000	—
H. Cegieliski (St. abgest.)	5000—4700	5500—5000
Centrala Rolnicza I.—VI. Em.	4200—4000	4200
Centrala Stör I.—IV. Em.	—	16 500—17 500
	—	17 000
Cukrownia Zduń I. Em.	—	150 000
C. Hartwig I.—V. Em.	—	4200
Hartwig Kantorowicz I. Em.	40 000—39 000	—
Hurtownia Drogerjna I.—III. Em.	1850—1700—1800	1500—1600
Hurtownia Zwiazkowa I.—III. Em.	2600—2500	2400—2600
Herzogov. Witkowius I.—II. Em.	27 000	28 000
Juno I. Em.	7500	—
Lubań, Fabryka przetw. ziemni. I.—IV.	240 000	230 000—235 000
Dr. Roman Maj I.—IV. Em.	80 000—77 500	77 500
Orient I.—II. Em.	—	5000
Plotsko I.—II. Em.	—	8000
Patria I.—VII. Em.	7500—8000	6900—7300
Bran. Stolarki Drzewne I.—VI. Em.	28 000—27 000	29 000—27 500
Spółka Stolarska I.—II. Em.	—	30 000—29 000
Sarmatia I.—II. Em.	—	—
Starogardzka Fabr. Miebli I. Em.	—	—
Tri I.—III. Em.	7200	—
„Unia“ (früher Bentz) I. u. II. Em.	—	27 000
Wytwarz. Chemiczna I.—IV. Em.	4400—4500	4600—4400
Zar I. u. II. Em.	65 000—60 000	50 000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	—	20 000
Salutens und Devisen:		
Deutsche Mark Auszahlung Berlin 0.80.		

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen

vom 1. Juni 1923.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.

Wetzen	125 000—135 000	Roggenmehl	196 000—206 000
Brauerei	100 000—105 000	Weizenklei	66 000
Hofer	133 000—138 000	Roggenklei	66 000

Marktsituation im allgemeinen unverändert.

An der Berliner Produktionsbörse betrug der Roggenpreis (marktlicher Waggon) am 30. Mai 90 000